

# Einwohnerrat

## Sitzungsprotokoll vom 24. September 2020

Vorsitz:	Sven Ammann, Einwohnerratspräsident
Anwesend:	39 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Auskunftsperson:	Christoph Hofstetter, Stadtschreiber Peter Baumli, Verwaltungsleiter Marc Lindenmann, Leiter Abteilung Finanzen Roger Zimmerli, Leiter Stv. Abteilung Finanzen
Protokollführung:	Stefan Wiedemeier, Vizestadtschreiber
Entschuldigt:	Annette Sikyr
Zeit:	19.30 Uhr bis 22.15 Uhr
Ort:	Aula des Schulhauses Lenzhard

---

## Traktanden

1. Mitteilungen
2. Lenzburg21; Zentrale Verwaltung; Projektkredit
3. Budget 2021
4. Aufgaben- und Finanzplanung 2021 bis 2025; Kenntnisnahme
5. Schriftliche Anfrage der CVP-Fraktion vom 12. März 2020 zu den Klimaauswirkungen in der Stadt Lenzburg; Beantwortung des Stadtrats
6. Umfrage

---

## **V e r h a n d l u n g e n :**

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Sehr geehrte Damen und Herren des Einwohnerrats und des Stadtrats, ich begrüsse Sie herzlich zur 15. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur.

Es freut mich, Euch alle wieder zu sehen. Ich hoffe, Ihr habt die Chance gepackt und habt im diesjährigen Corona-Sommer einige dieser schon lange angedachten Schweizer Reiseziele besucht. Wie immer an der ersten Sitzung nach den Sommerferien steht das Budget auf der Traktandenliste. Heute ist dies aber nicht das einzige grosse Geschäft. Ich glaube nicht, dass bereits viele GPFK-Sitzungen erst am Folgetag geendet haben, weswegen ich zügig vorwärts mache, damit wir für die wichtigen Geschäfte genug Zeit haben. An meiner linken Seite wie gewohnt der Vizestadtschreiber, Stefan Wiedemeier. Ein Dank gilt dem Ratsweibel, Marcel Wattinger, mit seinem Team, welches unseren Saal heute wieder bestens und vor allem sicher hergerichtet hat. Auskunftspersonen für die heutige Sitzung sind der Stadtschreiber, Christoph Hofstetter, Leiter Finanzen, Marc Lindenmann, inklusive Stellvertreter Leiter Finanzen, Roger Zimmerli, und Leiter Stadtverwaltung, Peter Baumli. Ein Dank von meiner Seite auch an die Presse, Fritz Thut, vom Lenzburger Bezirksanzeiger sowie Ruth Steiner und Urs Helbling von der Aargauer Zeitung. Es freut mich extrem, dass wir dieses Jahr zum ersten Mal auch Zuschauer begrüssen dürfen. Sie würdigen somit auch unsere Arbeit – herzlich Willkommen auch von unserer Seite.

Die Traktandenliste und die weiteren Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

---

## 1 Mitteilungen

### 1. Protokolle

Das Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung muss noch bereinigt werden. Das Protokoll aus unserer Verhandlung vom 18. Juni 2020 wurde Ihnen gestern per Mail zugestellt, oder Sie haben es heute in Papierform erhalten.

### 2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Einwohnerratsbeschlüsse aus unserer Schloss-Sitzung vom 7. Juli 2020, welche dem fakultativen Referendum unterstehen, sind am 17. August 2020 in Rechtskraft erwachsen. Mit Spannung erwarten wir die Resultate vom kommenden eidgenössischen, kantonalen wie aber auch kommunalen Abstimmungswochenende.

### 3. Neueingänge

Es liegen folgende Neueingänge vor:

#### ***Dringliches Postulat; Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager in Moria (Lesbos, Griechenland)***

##### **Antrag:**

Der Stadtrat Lenzburg wird gebeten,

- sich bereit zu erklären, 8 geflüchtete Menschen aus Maria aufzunehmen;
- den Kanton und den Bund dazu aufzufordern, die notwendigen Massnahmen zu treffen, um die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Maria zu ermöglichen;
- sich mit den Städten und Gemeinden im Kanton Aargau sowie mit Basel, Bern, Genf, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich, die ähnliche Initiativen zur Aufnahme von geflüchteten Menschen ergreifen, zu koordinieren.

##### **Begründung:**

Das Flüchtlingslager in Moria (Lesbos, Griechenland) war für 2'800 Menschen vorgesehen. Zuletzt lebten dort schätzungsweise 12'600 geflüchtete Menschen unter sehr prekären Bedingungen. Durch Covid-19 hat sich die Situation zusätzlich verschlimmert.

Katastrophale hygienische Bedingungen und beengte Verhältnisse, die keinerlei soziale Distanz zulassen, haben ihren Teil dazu beigetragen.

Am 9. und am 10. September 2020 brachen Brände aus, die das Lager und auch das letzte Hab und Gut der Geflüchteten zerstörten. Momentan sind mehr als 12'000 Menschen auf Lesbos, darunter viele Kinder und andere besonders verletzbare Menschen, obdachlos. Sie müssen ohne Schutz vor Witterung und Covid-19 und ohne Zugang zu genügend Nahrung und fliessendem Wasser, ausharren.

Die unmenschliche Situation auf den griechischen Inseln ist eine Folge der europäischen Flüchtlingspolitik. Die Schweiz hat das Dublin-Abkommen mitunterzeichnet und jahrelang davon profitiert. Nach diesem Abkommen können Menschen nur im ersten europäischen Land, in dem sie ankommen, ein Asylgesuch stellen, beispielsweise in Griechenland. Jeder Dublin-Staat kann aber auch jederzeit von sich aus asylsuchende Menschen in Not aufnehmen. Diese Möglichkeit muss die Schweiz jetzt nutzen.

Die Zahl der Asylgesuche in der Schweiz befindet sich auf einem historischen Tief. Unser Staat verfügt über die finanziellen Mittel, die räumlichen Kapazitäten und die personellen Ressourcen, um geflüchtete Menschen in grosser Not aufzunehmen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die materielle und finanzielle Unterstützung Griechenlands die Situation für die geflüchteten Menschen nicht verbessert hat. Es bleibt nur noch die Evakuierung.

Die Schweiz und damit auch Lenzburg sind gefordert, Menschlichkeit und Solidarität zu zeigen und Flüchtlinge aufzunehmen. Deshalb soll sich Lenzburg auf kantonaler und nationaler Ebene dafür stark machen, mindestens 8 geflüchtete und auf Moria gestrandete Menschen aufzunehmen.

Diese Zahl richtet sich nach dem Aufruf des Netzwerkes Asyl Aargau, pro 1'356 Einwohner\*innen einen geflüchteten Menschen aufzunehmen ([www.netzwerk-asyl.ch/2020/06/16/500-gefluechtetemenschen-fuer-687-207-aargauerinnen](http://www.netzwerk-asyl.ch/2020/06/16/500-gefluechtetemenschen-fuer-687-207-aargauerinnen)). Für Lenzburg mit seinen 10'829 Einwohner\*innen (Stand: 31. Dezember 2019) würde das die absolut vertretbare Aufnahme von 8 Personen bedeuten.

Ein vergleichbarer Vorstoss wird zeitnah oder zeitgleich auch in verschiedenen anderen Gemeinden des Kantons Aargau, die über einen Einwohnerrat verfügen, eingereicht werden.

### ***Postulat; Massnahmen zur Reduktion bis hin zum Verbot von Einwegplastik bei Beschaffungen in der Verwaltung, bei städtischen sowie von der Stadt bewilligten Veranstaltungen vom 24. September 2020***

#### **Antrag:**

Der Stadtrat Lenzburg wird beauftragt, Massnahmen zur Reduktion bis hin zu einem Verbot von Einwegprodukten aus Plastik zu prüfen. Die Massnahmen sollen die Stadtverwaltung, Anlässe und Veranstaltungen der Stadt Lenzburg sowie von der Stadt Lenzburg zu bewilligende Anlässe betreffen.

#### **Begründung:**

In der Schweiz ist der Verbrauch von Plastikverpackungen dreimal so hoch wie in anderen europäischen Ländern: 125 Kilogramm Plastikabfall produziert jede Schweizerin und jeder Schweizer pro Jahr - im Jahr 2010 wurde 1 Million Tonnen verbraucht.

Aber nur rund 25 % des Plastikabfalls wird hierzulande wiederverwertet bzw. rezykliert. Nicht wiederverwertetes Plastik wird zur Energiegewinnung verbrannt oder exportiert. Einwegplastikprodukte belasten die Umwelt neben dem hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoss bei der Verbrennung auch durch ihren hohen Ressourcenverbrauch.

Für Einwegplastikprodukte gibt es Ersatzprodukte aus erneuerbaren Ressourcen. Und so wird die Thematik auch andernorts bereits angegangen: Zum Beispiel in der EU oder in der Stadt Genf.

In der EU sollen ab 2021 Produkte aus Einwegplastik wie Plastikgeschirr und -besteck, Trinkhalme und andere Wegwerfprodukte aus Kunststoff verboten sein. An Stelle der Einwegprodukte müssen dort langlebige Mehrweglösungen treten. Um den Verbrauch von Kunststoffen zu reduzieren, hat die Stadt Genf beschlossen, die Verwendung von Einweg-Kunststoffprodukten für öffentliche Aktivitäten ab dem 1. Januar 2020 zu verbieten.

Die Stadt Lenzburg soll nachziehen. Ein Verbot von Einwegplastikprodukten ist ein einfacher Beitrag zu einer Stadt Lenzburg auf dem Weg zu Netto-Null CO<sub>2</sub>-Emissionen.

PET ist davon ausgenommen (z. Bsp. PET-Flaschen), weil es zu > 80 % gesammelt und recycelt wird.

Einwohnerratsfraktionen SP, Grüne, GLP, EVP, CVP sowie Mitunterzeichnende (insgesamt 31 Personen)

### ***Schriftliche Anfrage der SVP und der GLP: "Primarschule Lenzburg" vom 18. September 2020***

In letzter Zeit wurden von verschiedener Seite Besorgnis über Führung und Kommunikation der Primarschule Lenzburg an die SVP und GLP herangetragen, insbesondere hinsichtlich des Abbruchs der externen Schulevaluation, der Art der Kommunikation bei kritischen Vorfällen, der zunehmenden Verrohung der Sprache und des Umgangs unter den Schülern beider Stufen, der Absage diverser Anlässe, der hohen Personalfuktuation sowie der Sistierung des Elternrats. Das Corona-Virus scheint dabei gerade für gar Vieles hinhalten zu müssen.

#### **Fragen:**

- Wie stellt sich der SR zur Elternmitwirkung? Als wie wichtig erachtet er es, sie gerade in der Unsicherheit der Corona-Zeit auch im Interesse der Schule zu stärken? Ist es ihm ein Anliegen, dass der Elternrat seine Tätigkeit wieder aufnehmen kann?
- Angenommen die beiden Vorlagen zur zeitgemässen Schulführung finden am 27.09. Zustimmung: Gedenkt der SR, eine Schulkommission einzusetzen?

SVP und GLP Fraktion sowie Mitunterzeichnende (insgesamt 11 Personen)

### **Schriftliche Anfrage der FDP: "Lebensraum Lenzburg-Seetal" vom 24. September 2020**

Der Lebensraum Lenzburg Seetal nimmt 2 wichtige Aufgaben im Bezirk Lenzburg-Seetal wahr. Auf der einen Seite die Koordination der künftigen Infrastruktur Projekte, sprich Regionalplanung, auf der anderen Seite die Standorte und Wirtschaftsförderung. Zu diesem Zweck wird der Lebensraum Lenzburg Seetal grossmehrheitlich aus der öffentlichen Hand finanziert. Dies mit CHF 5.00 pro Person und Einwohner der jeweiligen Gemeinde.

Wir als FDP Lenzburg erachten die Arbeit einer Organisation wie dem Lebensraum Lenzburg-Seetal als zentral wichtig, da wir nicht um die Tatsache kommen, dass die Zukunft uns als Region näher rücken lässt. Sei es auf Infrastruktur Ebene, auf sicherheitstechnischer Ebene und auf verwaltungstechnischer Ebene.

Leider wurde in den vergangenen Jahren, auch aufgrund von Personalwechsel, viel Goodwill in der öffentlichen Wahrnehmung verspielt. Dies bezogen auf die Standort- und Wirtschaftsförderung. Projekte wie Crossiety, die Genussregion oder der fehlende Support der Wirtschaft, die medien- und informationstechnische Abstinenz, während der letzten 6 Monate wirft die Frage auf, wie der LLS seine Tätigkeit wirksamer gestalten kann.

Aus diesem Grund und weil wir die Standort- und Wirtschaftsförderung als zentral wichtige Aufgabe erachten, stellen wir folgende Fragen an den Stadtrat.

- 1) Setzt der Lebensraum Lenzburg Seetal seine vorhanden Ressourcen effizient ein und in welcher Form kommen die eingesetzten Steuergelder der lokalen Wirtschaft zu Gute?
- 2) Wie werden die Aufgabenstellungen, die Projektziele und die Resultate gemessen und erfolgt eine kritische Analyse über erfolgreiche und gescheiterte Projekte in schriftlicher Form?
- 3) Welche konkreten Forderungen hat die Stadt Lenzburg gegenüber dem Lebensraum Lenzburg Seetal für die nächsten 12 Monate.
- 4) Wirtschafts- und Standortförderung wird betrieben, wenn eine grosse Anzahl von Personen und Unternehmen die Tätigkeiten kennen. Wie wird der LLS in den kommenden 6 Monaten sicherstellen, dass Ihre Tätigkeit und erfolgreichen Projekte einer breiten Bevölkerungsschicht bekannt sind?
- 5) Networking Events ausgenommen - welche konkreten Projekte werden in den kommenden 12 Monaten umgesetzt zur Unterstützung der Wirtschaft und zur Standortförderung?

Eine starke Wirtschafts- und Standortförderung ist eminent wichtig um die Zukunft der Region aktiv zu gestalten. Wird freuen uns auf konkrete, messbare Erfolge in den nächsten 12 Monaten.

Für die Fraktion: Christoph Nyfeler, Fraktionspräsident FDP

### **Schriftliche Anfrage von Kaspar Schoch: "Unterstützung für das Lenzburger Gastgewerbe" vom 24. September 2020**

Von der Coronakrise und den in diesem Zusammenhang geltenden Schutzmassnahmen sind insbesondere die Gastrounternehmen stark betroffen. Rühmenseitig hatte der Lenzburger Stadtrat am 6. Mai 2020 beschlossen, für das Jahr 2020 die Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Flächen durch Restaurants und Läden vollständig zu erlassen. Wo es die räumlichen Verhältnisse zulassen wurden zudem

die Aussenflächen erweitert. Diese Massnahme hat den Überlebenskampf vieler Lenzburger Gastrounternehmen etwas entschärft.

Nun neigt sich der Sommer dem Ende zu, die Pandemie wohl leider noch lange nicht. Im Herbst, Winter und Frühjahr können die Aussenflächen nach den bisherigen Regeln aber kaum genutzt werden. Um die Gastrounternehmen auch im bevorstehenden Corona-Winter zu unterstützen, braucht es weiteres Entgegenkommen. Schliesslich ist es im Interesse aller Lenzburgerinnen und Lenzburger, dass wir unser Gewerbe in dieser Krise unterstützen und Unternehmergeist, Improvisationssinn und Innovation möglichst keine Steine in den Weg legen bzw. diese aus dem Weg räumen!

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat, einige Fragen zu beantworten:

1. Teilt der Stadtrat die Ansicht, dass die von ihm beschlossene Erweiterung der Aussenflächen den Gastrounternehmen eine grosse Erleichterung brachten und es deshalb Wege braucht, um diese Flächen auch in der kälteren Jahreszeit nutzen zu können?
2. Ist der Stadtrat bereit, eine Ausnahmeregelung zu schaffen, dass die Gastrobetriebe
  - a. auch im Winter gebührenfrei und unkompliziert die bisherigen Aussenflächen kommerziell nutzen können?
  - b. auf diesen Aussenflächen ohne Baubewilligung während des Winters eine geschlossene Struktur (Zeit, etc.) stellen und diese beheizen können? Die Beheizung sollte CO2-neutral erfolgen (z.B. mittels Pellet-Wärmeluftheizung).
  - c. Bisher ungenutzte Innenflächen auch kommerziell als Restaurantflächen nutzen können?
3. Ist der Stadtrat bereit, vorübergehende Massnahmen zur Unterstützung der Gastrounternehmen zeitnah zu beschliessen und umzusetzen?

Kaspar Schoch, Einwohnerrat FDP

Diese fünf Vorstösse werden Ihnen heute ausgeteilt.

#### 4. Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung hat sich Annette Sikyr entschuldigt.

#### 5. Stimmenzähler

Annette Sikyr hat Ilkay Ergeneli als Stimmenzählerin vorgeschlagen.

Falls es Einwendungen geben sollte, bitte jetzt melden. Dies scheint nicht der Fall zu sein. Danke für deine Mithilfe, Ilkay.

---



## **2 Lenzburg21; Zentrale Verwaltung; Projektkredit**

Sprecherin der GPFK ist Corin Ballhaus (SVP): Wer es nicht weiss, muss alles glauben. Dieses Zitat der österreichischen Schriftstellerin Marie Ebner von Eschenbach hat viel mit dieser Vorlage zu tun, welche wir heute gemeinsam beraten werden. "Lenzburg21", das ist ein Projekt, welches aus einer Hülle besteht und aus einem Inhalt. Als Hülle hat der Stadtrat das Hünenwadelhaus (nachfolgend HWH genannt) gewählt. Füllen will der Stadtrat das HWH mit einer modernen, effizienten und dienstleistungsorientierten Verwaltung – so besagt es eines seiner Legislaturziele. Was wir wissen ist, dass die Legislaturperiode im Dezember 2021 enden wird. Wie wir der Vorlage zum Projektkredit entnehmen können, soll das neue Verwaltungszentrum nicht, wie ursprünglich geplant, im Sommer 2021 bezogen werden, sondern erst im März 2022. Die "21" im Projektnamen steht also nicht mehr für das Jahr 2021, sondern "Lenzburg21" ist zum Projekt vom 21. Jahrhundert mutiert.

Von den Dimensionen darf man "Lenzburg21" tatsächlich als Jahrhundertprojekt bezeichnen; auch wenn ich die Intensität der Diskussionen betrachte, welche wir bis jetzt zu diesem Projekt geführt haben. Glauben wir nun einmal, dass wir in diesem Jahrhundert eine moderne, effiziente und dienstleistungsorientierte Verwaltung erhalten werden. Im Wissen, dass der Einzug in das Verwaltungszentrum nur das geplante Projekt endmarkiert, nicht aber das Ende – so hoffen wir – vom Modernisierungsprozess, so hoffen wir, dass der Wille zur Veränderung und Verbesserung nicht nur von einem Gebäude abhängt. Wissen wir überhaupt, wie der Stadtrat "modern" definiert? Wie er "effizient" definiert und wie "dienstleistungsorientiert"? Wissen wir, was die Messkriterien dafür sind? Wissen wir, weshalb der Stadtrat zum Schluss kommt, dass die Verwaltung all das heute nicht ist? Wenn die Verwaltung dies heute schon wäre, hätte der Stadtrat dieses Legislaturziel nicht so definiert. Wenn man klare Definitionen und Messkriterien hätte, wäre es auch einfacher zu beurteilen, ob er sein Legislaturziel erreicht. Glauben wir jetzt einmal, dass der Stadtrat all das definiert hat, auch wenn wir in dieser Vorlage nichts dazu finden. Hier lesen wir, dass die Dienstleistungsorientierung von den Mitarbeitenden noch mehr auf die Bedürfnisse der Kundschaft ausgerichtet werden soll. Glauben wir jetzt einmal, dass die Kundenerfahrung und die Bedürfnisse in der Planungsphase detailliert erhoben und ein klares Konzept ausgearbeitet wurde, wie Dienstleistungsorientierung bei den Mitarbeitenden gefördert werden soll, auch wenn diese Vorlage dazu keine Aussagen macht.

Der Vorlage zum Planungskredit konnten wir entnehmen, dass durch den Zusammenzug der Abteilungen unter einem Dach ein Effizienzgewinn möglich sei. Dieser werde in der Konzeptionsphase quantifiziert. Die Konzeptionsphase ist mit der Vorlage für den Projektkredit abgeschlossen. In dieser Vorlage steht, dass die "Kernaufgaben und Leistungen, Prozesse und Kommunikationswege" untersucht wurden. Ja, das ist eine Methode. Aber sagt uns diese Vorlage, was der Stadtrat als "Kernaufgaben und Leistungen" definiert? Sagt uns diese Vorlage, bei welchen Kernaufgaben, Leistungen und Prozessen der Stadtrat das



grösste Optimierungspotenzial ausmacht? Dazu steht in der Vorlage, mein Lieblingssatz: "Die Optimierung der Abläufe erfolge in der Umsetzung zwecks Gewinnung von Effizienz." Wissen und verstehen wir, was das heisst? Vor allem im Wissen, dass es keine Einsparung von Stellenprozenten geben sollte, sondern nur eine Verschiebung innerhalb der Verwaltung. Das Urteil überlassen wir Ihnen. Wir können in der Vorlage zum Projektkredit auch lesen, dass die gesamte Organisation, die IT-Architektur und Infrastruktur, die Arbeitsmittel und Beschaffung in der Planungsphase untersucht wurden und in der Umsetzungsphase - wo sinnvoll und nötig - angepasst werden. Wir wissen also, was gemacht wurde. Aber wissen wir auch, wie die IT-Landschaft der Stadt heute aussieht, wie viele Anwendungen im Einsatz sind, wie sie in Zukunft aussehen soll und wie sich der Stadtrat eine digitale Verwaltung vorstellt? Wissen wir, was das für Anpassungen sind, wo das grosse Optimierungspotenzial besteht, mit welchen Massnahmen die Stadt den Sprung in die digitale Zukunft schaffen will? Wissen alle, dass eine der Massnahmen eine Auslagerung der IT ist? Wir müssen glauben, dass der Stadtrat ein klares Zukunftsbild von dieser IT hat und weiss, wie er dieses realisieren will. Ansonsten hätte er ja kaum die IT- und Digitalisierungsmassnahmen für die Berechnung der Umsetzungskosten mit einer Genauigkeit von +/- 10% quantifizieren und die Aussage machen können, dass wegen der IT-Outsourcing und der Digitalisierungsmassnahmen die Betriebskosten im bisherigen Rahmen liegen werden.

Noch ein Wort zur Hülle: Mit der Kürzung und Bewilligung des Planungskredits haben wir im Dezember 2019 im Grundsatz "Ja" zu einer Modernisierung der Stadtverwaltung gesagt. Wir haben "Ja" zu einer Zentralisierung der Stadtverwaltung im HWH gesagt. Das "Ja" haben wir aber auch mit der Erwartung verknüpft, dass in der Planungsphase validiert wird, dass eine Zentralisierung unabdingbar ist und dass das HWH den Anforderungen gerecht wird. Hier hätten wir uns überzeugendere Argumente gewünscht, wie die, welche wir grösstenteils bereits aus der Vorlage zum Planungskredit entnehmen konnten. In der Zwischenzeit wissen wir auch, dass im HWH 80 Arbeitsplätze eingerichtet werden und ein Ausbau um 20 weitere Arbeitsplätze möglich ist. Schade, dass diese Information den Weg in die Projektkreditvorlage nicht gefunden hat. Da hätte sich der Stimmbürger wie auch wir etwas mehr darunter vorstellen können. Was wir noch nicht wissen ist, was mit den Archiven an den heutigen drei Standorten passieren wird. Dazu kündigt die Vorlage zum Projektkredit lediglich an, dass der Einwohnerrat noch eine separate Vorlage erhalten wird. Schade, lässt uns der Stadtrat nicht an seinen Überlegungen teilhaben, in welcher Form und wo sich solch ein Archiv realisieren lässt. Ebenfalls fragen wir uns, was für ein Kostenrahmen dafür vorgesehen ist. Wir haben Verständnis, dass sich nicht alles auf einmal realisieren lässt. Ich habe bereits erwähnt, dass es sich um ein Jahrhundertprojekt handelt. Es ist komplex, aber soweit hätten nach unserer Meinung die Abklärungen in der Planungsphase gehen dürfen. Glauben wir einmal, dass das der Fall ist.

Wir alle hier drinnen wollen das Beste für die Stadt Lenzburg, auch die GPFK. Wir bekennen uns klar zu einer Modernisierung der Stadtverwaltung, weil das für eine Stadt wie Lenzburg würdig ist. Können wir aber heute, voller Überzeugung sagen, ja, diese Investition von 5,9 Mio. Franken ist notwendig und

berechtigt? Oder hätten wir nach Abschluss der Planungsphase nicht schon viel mehr wissen müssen, um nicht so vieles glauben zu müssen? Glauben wir, dass der Stadtrat im Projekt die richtigen Kräfte an seiner Seite hat, um jetzt die komplexe Umsetzung zu stemmen. Vertrauen wir darauf, dass der Stadtrat klare Vorstellungen hat und konkrete Massnahmen definiert hat, wie er dieses Projekt kommunikativ begleiten will und wie er das in der Planungsphase begleitet hat, wie er allfällige Bedenken, Ängste oder Widerstände von den Mitarbeitenden in Begeisterung für dieses Projekt umwandeln will. In der Vorlage zum Planungskredit stand, dass die Projektarbeit eine stufengerechte Einbindung von Einwohnerrat und Mitarbeitenden vorsieht, und dass für alle Mitarbeitenden in der Phase Grob- und Detailkonzept verschiedene Möglichkeiten bestehen, sich einbringen zu können. Für die Einwohnerräte war die nächste Einbindung nach der Abstimmung vom Planungskredit am 6. Dezember 2019 der Infoabend vom 5. September 2020. Schade hat der Stadtrat die Chance dort nicht genutzt, dem Projekt ein Gesicht zu geben und allen Einwohnerinnen und Einwohnerräten die Leiter der vier Teilprojekte vorzustellen. Schade haben wir nicht zu wissen bekommen, was in diesen Teilprojekten Ziel, Aufgaben, Erkenntnisse und Massnahmen sind. Mit dem Planungskredit haben wir ausserdem "Ja" zu einem Experten für die Sozialen Dienste gesagt. In der Vorlage sind jetzt zwei Kostenpunkte aufgeführt. Lesen kann ich in der Vorlage nichts dazu. Was hat dieser Experte herausgefunden? Was beinhalten die beiden Kostenpunkte? Das wäre auch noch ein Punkt gewesen, welcher am Infoabend hätte ausgeführt werden können. Dass die Mitarbeitenden eingebunden sind und sich einbringen können, müsste selbstverständlich sein und ist so sicher auch erfolgt – auch wenn dies nicht aus der Vorlage ersichtlich ist. Wer dafür eingebunden wurde, ist die GPFK. Nach den zwei Sitzungen, wir haben zwei gebraucht für den Planungskredit, wurde uns im März, Mai und Juli der Projektfortschritt präsentiert. Einige Fragen wurden beantwortet. Auf viele Aspekte, welche wir festgestellt haben und uns fehlten, haben wir hingewiesen. Leider haben wir aber auf vieles keine schlüssigen Antworten erhalten. Am 20. August konnten wir um 07.00 Uhr eine Vorversion der Vorlage mit dem Stadtrat besprechen. Dazu ist zu erwähnen, dass wir dieses 23-seitige Papier am Vorabend um 17.30 Uhr erhielten. Ernsthaft zu erwarten, dass in dieser Frist ein qualifiziertes Feedback möglich sei, ist tatsächlich vermessen. Auch beim Treffen haben wir nochmals darauf hingewiesen, dass der Nutzen konkreter ausgearbeitet werden soll und haben angemerkt, dass unklare Aussagen und Begriffe auszuformulieren sind. Letzte Woche an der GPFK-Sitzung investierten wir nochmals mehrere Stunden in dieses Projekt.

Ich komme zum Schluss: Die GPFK bekennt sich ganz klar zum Projekt "Lenzburg21" und zum HWH. Vier von neun Mitgliedern aus der GPFK halten die Chance im Projekt "Lenzburg21" für grösser als die Risiken und empfehlen dem Einwohnerrat, die Vorlage uneingeschränkt zur Annahme. Fünf Mitglieder, und damit eine knappe Mehrheit, kann sich eine Empfehlung für ein "Ja" ebenfalls vorstellen. Die Empfehlung für ein "Ja" können wir uns vorstellen, wenn eine Kooperation mit dem Stadtrat möglich ist. Eine Kooperation im Interesse von uns allen, zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger, der Mitarbeitenden, der Einwohnerrätinnen und -räten und des Stadtrats selbst. Konkret könnten wir uns ein "Ja" vorstellen, wenn sich der Stadtrat heute Abend dazu bekennen

würde, das Projekt für die Umsetzungsphase neu auszuschreiben. Bei einer Kreditsumme von 5,9 Mio. Franken halten wir dies – auch im Sinne einer vorbildlichen Gemeindeexekutive – als angezeigt. Zumal der Stadtrat bereits den Auftrag für die Planungsphase direkt vergeben hat und diesen nicht der Submission unterstellte. Die Planungsphase ist abgeschlossen. Wir sind überzeugt, dass ein Stabswechsel mit wenig Aufwand möglich sein sollte, weil alle Ziele und Lieferergebnisse der Planungsphase erreicht worden sind, wie uns mehrfach bestätigt wurde. Wenn dies anders wäre, wäre dieses Projekt auch nicht reif für die heutige Abstimmung und auch nicht fit für die Umsetzung. Sollte der Stadtrat sich zu einer Neuausschreibung bekennen, empfiehlt die GPFK in diesem Sinne die Vorlage einstimmig zur Annahme. Im anderen Fall sind es vier von neun Mitglieder, welche eine Annahme empfehlen. Die GPFK überlässt es den Fraktionen, allfällige Rückweisungs- oder Änderungsanträge zu stellen.

Stadtmann Daniel Mosimann: Wir haben bereits viel gehört über das Projekt "Lenzburg21". Eine zentrale Verwaltung ist seit einiger Zeit ein Ziel des Stadtrats. Wir wussten, dass das KV Schulhaus leer wird, weil die berufliche Grundbildung der Kauffrauen und -männer nicht mehr in Lenzburg stattfinden wird. Der Stadtrat sah darin die Chance für eine Verwaltung unter einem Dach. Wir prüften die Machbarkeit, d.h. ob im HWH eine Verwaltung zu führen möglich wäre. Dementsprechend haben wir mit dem Kanton verhandelt. Der Stadtrat will die Chance packen und diesem Haus an der zentralen Lage einen sinnvollen Nutzen geben. Es ist ein umfangreiches, anspruchsvolles und vielseitiges Projekt. Auf Wunsch der GPFK ist die Kommission verstärkt eingebunden worden. Aufgrund dessen ist für uns der Vorwurf unverständlich, dass sie sich acht Mal mit dieser Vorlage beschäftigen musste. Im Normalfall sind es vier Mal bis zum Projektkredit. Das ist einmal der Planungskredit in der GPFK und im Einwohnerrat und danach der Projektkredit in der GPFK und wiederum im Einwohnerrat. Die weiteren drei Mal als Statusbericht ist unter anderem ebenfalls auf Wunsch der GPFK erfolgt. Wir haben am 2. Juli 2020 von der GPFK positive Rückmeldung erhalten. Der Stadtrat und die eingebundenen Personen aus der Verwaltung haben das dementsprechend wahrgenommen. Diese Rückmeldungen haben danach die Basis gegeben für diese Einwohnerratsvorlage. Was muss schlussendlich entschieden werden? Will man die zentrale Verwaltung machen? Will man diesen Umbau machen und die Organisation der Verwaltung in diesem Haus mit dem vorgesehenen Betrieb.

Es ist richtig, dass wir uns am 20. August 2020 um 07.00 Uhr mit der GPFK für diese "Echorunde" getroffen haben. Es wurde jedoch vorgängig kommuniziert, dass im Verlauf vom Mittwochnachmittag die Vorlage als Entwurf bei der GPFK eintreffen wird. Uns war bewusst, dass die Frist knapp ist, welche jedoch nicht unerwartet kam, sondern so angekündigt wurde. Die GPFK hat dies auch so zur Kenntnis genommen. Auch dort war unsere Wahrnehmung von meinen vier Stadtratskollegen und Mitarbeitenden der Verwaltung grundsätzlich positiv, inhaltlich in Ordnung. Es wurde gesagt, moniert – was ich bezeichnend finde – dass die Vorlage zu lang und zu ausführlich wäre und dass sie gekürzt werden

muss. Danach fand die Infoveranstaltung statt. An dieser Infoveranstaltung wurde Diverses nachgefordert, welches durch uns nachgereicht wurde; hauptsächlich Dinge, welche aus der ursprünglichen Vorlage – auf Anregen der GPFK – gestrichen wurden. Aufgrund der Rückmeldungen aus den Besprechungen hat sich der Stadtrat auf dem richtigen Weg gefühlt. Das was jetzt passierte, ist für den Stadtrat schwer verständlich und nicht nachvollziehbar. Die Quintessenz aus der gestellten Forderung der fünf Mitglieder der GPFK ist, dass sie sich das Ganze anders überlegen könnten, wenn der Stadtrat das Projektleitungsteam auswechseln würde. Der Stadtrat hat sich zu diesem Thema ebenfalls noch einmal beraten. Klar ist, der Stadtrat steht hinter dem Projekt "Lenzburg21". Er möchte dieses gerne realisieren, weil er klare Vorteile für die Stadt, das HWH, für die Bürgerinnen und Bürger sieht. Dieses Sachgeschäft hat eine hohe Priorität. Es geht nicht, dass ein Sachgeschäft mit Personalien verbunden wird, aus Präjudizgründen. Der Stadtrat will seine Handlungsfreiheit bei Sachgeschäften beibehalten. Die Einwohnerratsvorlage wird sich nicht verbessern, wenn man das Projektteam auswechseln würde – ebenso bleibt sie unverändert, wenn man das Projektteam behält. Aus diesem Grund sieht der Stadtrat keinen Handlungsbedarf für einen Personalwechsel und wird auf diese Forderung nicht eingehen. Man muss sich bewusst sein, ein Wechsel des Projektteams gibt eine Anpassung des Terminplans. Ebenfalls kann es Auswirkungen auf die geplanten Kosten geben. Wir haben ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass fünf GPFK-Mitglieder gegenüber dem Projektleitungsteam Vorbehalte haben, dass Mängel geltend gemacht wurden wie z.B die fehlende Verwaltungsnähe, das fehlende Verständnis für Abläufe in der Verwaltung oder dass man den Einwohnerrat zu wenig einbezogen hat. Dies rechtfertigt es jedoch nicht, dass man zu diesem drastischen Schritt greift. Der Stadtrat ist bereit, für die Umsetzungsphase eine Lageanalyse durchzuführen und zu schauen, wie man den Projekterfolg extern sowie intern sicherstellen kann. Oberste Priorität hat immer noch die Realisierung dieses Projekts. Der Stadtrat lässt sich nicht zu einem Personalwechsel nötigen. Der Einwohnerrat muss über das Sachgeschäft entscheiden und nicht über einen Personalwechsel. Der Stadtrat nimmt die Vorbehalte entgegen und wird verschiedene Massnahmen prüfen.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Daniel Mosimann.

Corin Ballhaus (SVP) meldet sich nochmals zu Wort: Persönlich bedauere ich sehr, dass die GPFK kein geschlossenes Zeichen für "Lenzburg21" setzen konnte, trotz dem grossen Zeitaufwand, welchen wir für dieses Projekt investiert haben. Am Ende schwankte für uns fünf Mitglieder der GPFK das Verhältnis von zu viel nicht wissen und Vieles glauben zu müssen, zu stark auf eine Seite. Der Stadtrat weiss, was diesen Entscheid zum Schwanken gebracht hatte. Wir haben offenbar zu wenig deutlich vermittelt, was uns an diesem Projekt stört. Dies hat jedoch nur bedingt mit dem Projektteam zu tun. Eine Neuausschreibung wäre für mich ebenfalls ein Punkt gewesen, um diese Phase abzuschliessen. Man hat jedoch entschieden, das Projektteam fest anzustellen. Die Entscheidung liegt jedoch nicht bei der GPFK. Wir werden über dieses

Projekt nach der Debatte nun als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte abstimmen.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Corin Ballhaus. Wem darf ich das Wort übergeben?

Raphael Rudolf (CVP): Am 6. Dezember 2019 sagten wir grossmehrheitlich "Ja" zum Planungskredit von 1,1 Mio. Franken. Mit dieser Annahme gaben wir den Startschuss für ein Projekt, welches von Anfang an einen relativ schweren Stand hatte. Liefert uns die Vorlage genug Informationen für den gesprochenen Kredit? Schwierig. An unserer Fraktionssitzung (CVP, EVP) waren wir hin und hergerissen. Uns haben in der Vorlage auch gewisse Punkte gefehlt. Z.B. was man genau herausgefunden hat bei der Ist-Aufnahme im Bezug auf die Prozessoptimierung und Abläufe. Oder wie hoch sind beispielsweise die Einsparungen der jährlichen Betriebskosten durch die Zusammenlegung der Standorte? Wollen wir tatsächlich das Projektteam entlassen, welches nach unserem Empfinden zu wenig geliefert hat? Kündigen wir ihnen, so haben wir mehrere unbekannte Faktoren. Wir wissen z.B. nicht, welche Kosten anfallen werden. Wir in der Fraktion sagen "Nein". Das Projektteam muss geführt werden, wenn man mit den Leistungen nicht einverstanden ist. Eine Projektleitung muss nicht alles wissen. Jedoch müssen sie ganz klare Ziele haben, welche überprüft und erfüllt werden müssen. Der Planungskredit beinhaltet die Ist-Aufnahme, aber noch keine detaillierte Ausarbeitung eines Konzepts. Ich gehe davon aus, dass geprüft wurde, welche Prozessoptimierungen man vornehmen kann und diese schriftlich festgehalten wurden. Ich gehe ebenfalls davon aus, dass man weiss, was +/- die Einsparungen der Betriebskosten sein werden. Alles kann nicht in einer Projektvorlage niedergeschrieben werden. Die Ausarbeitungen von gewissen Themen müssen erst im nächsten Projekt-Arbeitsschritt erfolgen. Dort werden die Anbieter, die Profis miteinbezogen, welche sich um die Details kümmern. Vertrauen wir dem Stadtrat, dem Projektsteuerungsausschuss und der Baukommission – wie in der Projektorganisation aufgeführt – dass sie dieses Projektteam führen und kontrollieren werden. Vielleicht müsste sich der Stadtrat ebenfalls überlegen, ob es sinnvoll wäre, in diesem Ausschuss gewisse Mitglieder des Einwohnerrats oder der GPFK, beispielsweise verteilt pro Fraktion eine Person, miteinzubeziehen. Ich bringe gerne ein Beispiel vom Kurs für neu gewählte Einwohnerräte, welche der Stadtrat von Zofingen dazumal gebracht hat: Der Einwohnerrat muss nicht über die Farbe des Schulhauses entscheiden, sondern ob wir es wichtig finden, dass Lenzburg eine moderne Verwaltung erhält, welche den Bürgerinnen und Bürgern von Lenzburg einen Mehrwert bietet. Aus diesem Grund werden wir aus der EVP/CVP-Fraktion dieser Vorlage zustimmen und bitten den Stadtrat, die Schraube beim Projektteam ein wenig anzuziehen.

François Kuhlen (FDP): Wie erwähnt, haben fünf Mitglieder der GPFK eine Zustimmung zur Vorlage mit der Bedingung an den Austausch des Projektteams verknüpft. Wir haben dies nach langem Überlegen in der GPFK so beschlossen, weil wir es als einzige Chance gesehen haben, das Projekt "Lenzburg21" zu retten. Ich bin einer dieser fünf. Der Stadtrat hat geantwortet, dass er sich nicht nötigen lässt – klingt ein wenig wie Majestätsbeleidigung. Das Wort Nötigung finde ich auch deplatziert, weil Nötigung absolut nicht unsere Absicht war. Es hat sich erwiesen, dass ein Änderungsantrag, welcher die Idee der FDP-Fraktion war, praktisch nicht durchführbar gewesen wäre, da zu viele juristische Randbedingungen hätten erfüllt werden müssen. Die Absicht der fünf Mitglieder der GPFK war, "Lenzburg21" ohne grosse Verzögerungen noch retten zu können. Nun stellt sich die Frage, wer nötigt wen? Dazu mache ich eine kurze Analyse von den Zumutungen, welche der Stadtrat gegenüber dem Einwohnerrat und der GPFK an den Tag gelegt hat.

Zumutung 1: Der Entscheid der Umnutzung des HWH für ein Verwaltungszentrum mit Verwerfung vom Vorschlag von der Regierung, war ein erster Entscheid, wo weder Einwohnerrat noch GPFK informiert wurde. Kosten für den Steuerzahler 1,2 bis 1,5 Mio. Franken ohne Gegenwert. Man findet keine Erwähnung dieses Betrags in der Vorlage.

Zumutung 2: Drei Berater wurden ohne Ausschreibung und – obwohl man dies in der GPFK monierte – engagiert. Die Berater hatten keine Erfahrungen mit öffentlichen Verwaltungen. Das brauche es nicht, um Prozessoptimierung und IT-Strategie zu definieren. Sie wurden privatrechtlich angestellt – damit sparen wir MwSt. Wir haben aufgrund des Projektierungskredits in der GPFK ausgerechnet, dass das finanzielle Entgelt für die drei Herren vermutlich um einiges höher ist, als das höchste Salär, welches in der Verwaltung bezahlt wird.

Zumutung 3: Am 24. April 2020 sendete man uns Mitgliedern der GPFK eine IT-Strategie zu. Anscheinend wurde sie zwei Tage zuvor, in zweiter Lesung, vom Stadtrat genehmigt. Zwei Tage später konnten wir auf Hinweis der GPFK-Präsidentin feststellen, dass ein identisches Papier auf der Homepage einer grösseren Stadt im Zürcher Oberland heruntergeladen werden konnte. Nur der Name "Lenzburg" war neu. Diese IT-Strategie ist sieben Jahre alt. Auf Anfrage hat uns der Verwaltungsleiter abenteuerliche Erklärungen abgegeben. Zudem erfuhren wir, dass ein vierter Berater engagiert wurde. Er hat behauptet, dass dieses Papier sein geistiges Eigentum wäre. Was dieses Papier wert ist, zeigt die Tatsache, dass in der Zeit von "Big Data" und Datenschutzregulierungen, weder das Thema Daten, Datenmanagement, Datenanalyse noch Datenmining in der IT-Strategie Erwähnung finden. Dieser Plagiatsvorfall wurde an der Infoveranstaltung vom Stadtammann als "Stolperstein" bezeichnet. Von einer IT-Strategie war seitdem keine Rede mehr.

Zumutung 4: Am späteren Nachmittag vom 19. August 2020 erhielten wir Mitglieder der GPFK den Entwurf für den Projektkredit "Lenzburg21". Wir hatten eine Nacht zum Studium zur Verfügung, da die Sitzung anderntags um 7 Uhr stattfand. Der Stadtrat hatte – wie gehört – nach der Sitzung ein gutes Gefühl. Woher das gute Gefühl kam, ist mir schleierhaft. Gleichentags wurde vom

Stadtschreiber eine Kurznotiz verfasst, in welcher u.a. festgehalten wurde, dass nicht ersichtlich sei, was eine Zentralisierung und Prozessoptimierungen bringen würden. Betreffend IT musste der Leser glauben, was darin geschrieben wurde. Ebenfalls fehlte die Aussage, wie die Verwaltung in zehn Jahren aussehen wird (Digitalisierung / E-Government) und ob dies Auswirkungen auf "Lenzburg21" haben könnte. Zu diesen Punkten noch einige Überlegungen: Wieder wurde heute erwähnt, dass "Lenzburg21" ein Jahrhundertprojekt oder ein langfristiges Projekt zur Zentralisierung und Modernisierung der Stadtverwaltung sein wird. Ich erachte es als logisch, dass wenn man so ein Projekt beginnt, sich Gedanken macht, eine Idee/Vision entwickelt, wie so eine Verwaltung möglicherweise in zehn Jahren aussehen könnte. Es wäre möglich, dass die Digitalisierung tiefgreifende Änderungen mit sich bringt in Bezug auf den Verwaltungsprozess, dass die Erwartungen und Gepflogenheit der Bürger sich ändern könnten und dass man Dienstleistungen von anderen Gemeinden übernehmen könnte, was ebenfalls eines der Legislaturziele ist. Es könnten sogar Fusionen stattfinden. Diese Einflussfaktoren sind im Projekt kaum berücksichtigt. Wie vorhin erfahren, bekamen wir erst spät davon Kenntnis, dass es im HWH neu 20 Arbeitsplätze in Reserve geben soll. Diese Überlegungen müssten in die Vorlage miteinbezogen werden. Leider haben sie den Weg in die Vorlage nicht gefunden.

Kommen wir zu den erwarteten Resultaten der Prozessoptimierung: Uns wurde mitgeteilt, es gäbe über 100 einzelne Massnahmen, jedoch ein Konzept für die Prozessoptimierung ist nicht ersichtlich. Einsparungen vom Vollzeitäquivalent (FTE) wären möglich, werden jedoch an anderen Orten gebraucht. Das bedeutet eine Nettoeinsparung gleich null. Die der GPFK präsentierten Zahlen an der letzten GPFK Sitzung waren nicht überzeugend. Es ist kein Konzept für die Verwaltungsprozesse vorhanden oder für uns nicht ersichtlich. Ebenfalls ist keine Systematik zur Optimierung erkennbar. Zur ICT: Hier müssen wir uns mit einem minimalen Kommentar zum IT-Zukunftsbild begnügen. Interessant war jedoch, was wir in der Zwischenzeit innerhalb und ausserhalb der GPFK erfahren haben: Der Stadtrat will die bestehenden ICT von Lenzburg out-sourcen. Dies scheint durchaus vernünftig, da die Erfahrung zeigt, dass es mehr Vorteile bringt in Bezug auf Sicherheit und Schutz. Es wurden auch schon drei Richtofferten eingeholt und ein Pflichtenheft sei ebenfalls vorhanden. Auf Anfrage haben wir jedoch erfahren, dass keine "Servicelevelagreements" festgelegt wurden. Ich frage mich, wie man Richtofferten vergleichen kann, ohne festgelegten "Servicelevelagreements" in einem Pflichtenheft. Auf die Frage zu einer Ausschreibung, wird einmal mehr in Aussicht gestellt, dass dies möglicherweise nicht der Fall sei, da mindestens ein Anbieter über tiefe Kenntnisse und Erfahrungen in einer öffentlichen Verwaltung verfügt. Dies sei enorm wichtig für den Betrieb einer ICT-Infrastruktur. Ich frage Sie, wie war es, als man diese drei Berater einstellte? Ich habe den Eindruck gewonnen, dass hier wieder ohne Ausschreibung Entscheidungen getroffen werden oder bereits wurden. Wir sprechen hier von einmaligen und wiederkehrenden Investitionen von rund 1 Mio. Franken.

Zumutung 5: Mit den beschriebenen Erfahrungen und um die Interessen der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung nicht zu lange verträsten zu müssen,



forderten wir eine Neuausschreibung für das Projektteam. Für die Antwort benötigte der Stadtrat fünfeinhalb Tage. Dem Einwohnerrat und der GPFK stand für die Beratung ein Tag zur Verfügung.

Zumutung 6: Ich habe versucht die Vorlage "Lenzburg21" entlang den Linien zu zessieren – Vision, Prozess- und IT-Betrieb. Die Vorlage hat noch einen Punkt, welchen ich nicht unerwähnt lassen möchte. Um uns die Zustimmung schmackhafter zu machen, wurden die Kosten für die notwendigen Investitionen von den Liegenschaften Rathaus, Försterhaus und alte Post bei einer allfälligen Ablehnung aufgezeigt. Mit dem Argument der Barrierefreiheit sollen im Rathaus 4,8 Mio. Franken investiert werden. Seit vorgestern liegt mir eine juristische Abschätzung zu diesem Thema vor, welche diese Zahl sehr relativiert. Grundsätzlich gelten Verwaltungsgebäude im Sinn vom Behindertengleichstellungsgesetz als Bauten, welche bei der Bewilligung von Umbauten nachzurüsten sind. Diese Regelung gilt nur im Rahmen der Verhältnismässigkeit und den damit verbundenen Kosten. Sie sind in der Grössenordnung von 5 % bei Neubauten und 20 % bei Umbauten. Was jedoch für unser Rathaus noch viel wichtiger ist, ich zitiere: *"Im Weiteren macht das Behindertengleichstellungsgesetz im Art. 11 Abs. 1 lit. b einen weiteren Vorbehalt zur Verhältnismässigkeit im Interesse des Denkmalschutzes"*. Bekanntlich ist das Rathaus ein hochrangiges Baudenkmal.

Diese juristische Einschätzung lässt für mich eindeutig den Schluss zu, dass – wenn überhaupt – für die Anpassung der Barrierefreiheit nur ein Bruchteil der Summe von den 4,8 Mio. Franken eingesetzt werden muss. Ich nehme an, dass unser Kollege Martin Killias noch mehr zu diesem Thema sagen kann. Über die anderen Gebäude konnte ich leider keine Nachforschungen machen.

Zur geplanten Belegung des HWH kann ich nur noch zusammenfassend sagen, dass wir zum wiederholten Mal die Frage von einigen Bürgern berücksichtigt sollen, welche mich kontaktiert haben: Ist es sinnvoll, die Sozialen Dienste im dritten Stock unterzubringen. Die Klienten der Sozialen Dienste sind nicht immer Leute, welche sich "normal" verhalten, um dies vorsichtig auszudrücken. Dieses Anliegen haben wir wiederholt vorgebracht und uns wurde mehrmals in Aussicht gestellt, dass es dazu ein Sicherheitskonzept geben wird, auf welches wir bis heute noch warten. Die Aussage, dass andere Gemeinden ihre Sozialen Dienste auch in einem Verwaltungsgebäude untergebracht haben, überzeugt mich nicht.

Im Interesse des Projekts, der Mitarbeitenden und der Bürger wollte die FDP ursprünglich einen Änderungsantrag einreichen. In der Besprechung dieses Änderungsantrags in der GPFK, hat sich dieses Unterfangen als juristische Knacknuss erwiesen, die wir kaum hätten knacken können. Inzwischen haben wir uns ebenfalls überlegt, einen Rückweisungsantrag zu stellen, welcher das Ziel verfolgt, die Situation einigermaßen retten zu können. Auch dieses Unterfangen ist relativ schwierig, da die Formulierungen der Auflage mit den finanziellen Folgen sehr umfangreich und in der verfügbaren Zeit nicht zu realisieren gewesen wären. Aus diesem Grund verzichten wir auf einen Rückweisungsantrag. Wenn ein Rückweisungsantrag gestellt wird, würde die

FDP diesem zustimmen. Wenn dies nicht der Fall ist, wird die FPD-Fraktion diese Vorlage geschlossen ablehnen.

Franck Robin (SP): Das Votum der SP ist schlicht und einfach: Wir stehen hinter dem Projekt "Lenzburg21". Es ist eines der wichtigsten Projekte der letzten Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte. Unsere Verwaltung wird modernisiert, die Bürgerinnen und Bürger werden eine zentrale Anlaufstelle erhalten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können in einer zeitgerechten Infrastruktur arbeiten. Leider ist es nicht so simpel. Es wurde sehr intensiv über die Qualität des Projekts diskutiert. Das Ergebnis der Planungsphase kann ich nicht wirklich als hervorragend bezeichnen. Es gibt Lücken – die IT-Strategie ist unvollständig und nicht ausgereift. Ein roter Faden ist bei der Prozessoptimierung nicht direkt erkennbar. Dass das Projekt viele in diesem Rat nicht überzeugte, können wir wahrnehmen. Ich selbst will kein Plädoyer für oder gegen das Projektteam halten. Die GPFK hat sich lange und ausführlich zu diesem Thema beraten. Wir haben viele Inputs geliefert, viele Fragen gestellt und der Stadtrat und das Projektteam haben sich bemüht, die Unklarheiten zu beseitigen. Gestellte Fragen konnten plausibel beantwortet werden. Ja, man kann die Vorlage chirurgisch sezieren, wenn man will. Aus meiner Sicht und aus Sicht der SP sind die wichtigen Fragestellungen zu beachten. Ist es unsere Aufgabe, der Exekutive zu diktieren, mit welchem Projektteam sie das Projekt umzusetzen hat? Haben wir so wenig Vertrauen in unseren Stadtrat, dass das Projekt unter seiner Führung die Ziele erfolgreich erreichen kann? Gibt es derlei hohe terminliche und zielbezogene Unsicherheiten, sodass das Projekt mit der heutigen Konstellation zum Scheitern verurteilt ist? Zu guter Letzt ist es legitim, derart Druck auszuüben, um die Zustimmung des Projekts mit einem Wechsel des Projektteams zu verknüpfen? Ich habe dieses Projekt eng begleitet und zum Teil habe ich das Gefühl, dass wir nicht in den gleichen Sitzungen waren. Ich kann mit gutem Gewissen diese Fragen mit "Nein" beantworten. Der Stadtrat hat sich entschieden, die Vorlage, so wie sie ist, beizubehalten und dem Druck stand zu halten. Ich bin froh darüber. Wir müssen uns bewusst sein, dass, wenn der Stadtrat auf diese Forderung eingegangen wäre, wir einen Preis dafür bezahlt hätten. Wir hätten einen Teil von unserer gut funktionierenden Demokratie zerstört – und zwar die Gewaltenteilung. Ich hoffe, dass wir heute eine Mehrheitlich für die Vorlage finden werden. Die SP unterstützt klar das Projekt "Lenzburg21" und wird den Kredit so bewilligen.

Michael Häusermann (SVP): Ich arbeite seit über 20 Jahren beim Zoll. Wenn man dort arbeitet, muss man ein wenig neugierig sein, wenn man Erfolg haben will. Das ganze Projekt ist komplex. Ich bin bemüht, was meine Person anbelangt, den Faden nicht zu verlieren. Heute Abend habe ich das erst Mal offiziell gehört, dass bei der ganzen Sache doch noch irgendein Stolperstein vorhanden war. Dem Stadtrat wurde offenbar eine IT-Strategie vorgelegt, welche kopiert wurde und gemäss den Ausführungen von François Kuhlen bereits sieben jährlich ist. Jetzt kommt meine Neugier: Es wäre schön, wenn der

Stadtrat die zwei Fragen beantworten könnte: Was ist die Meinung des Stadtrats zu dem IT-Projekt, welches vorgelegt wurde? Was ist die Meinung des Stadtrats zum Vorgehen vom Projektteam und was sind die Schlussfolgerungen daraus?

Beat Hiller (GLP): Wir stehen für eine modernisierte Verwaltung – dies steht in der GLP auch überhaupt nicht zu Diskussion. Mir ist jedoch aufgefallen, dass ich als GPFK-Mitglied mehrfach nachgefragt habe, ob die Prozessoptimierung und dadurch auch die Reduktion von Personal möglich ist, ohne Zentralisierung, respektiv ob die Prozessoptimierung, welche immer in den Vordergrund gestellt wird, zwingend mit der Zentralisierung notwendig ist? Dies wurde mir von mehreren Herren des Projektteams wie auch vom Verwaltungsleiter bestätigt – Nein, wir müssen nicht in das HWH gehen für die Prozessoptimierung oder um die Verwaltung schlanker und effizienter zu gestalten. Für mich eine wichtige Frage, ob die Vorlage überhaupt eine Chance vor dem Volk hat? Ich habe mit vielen Bürgern gesprochen. Eigentlich habe ich immer nur Zweifel herausgehört. Müssen wir so viel Geld ausgeben für die Stadtverwaltung? Können wir das nicht billiger machen? Dies sollten wir immer im Hinterkopf behalten, wenn wir heute Abend darüber abstimmen. Wollen wir die Vorlage, so wie sie ist, mit Bezug vom HWH dem Volk vorlegen? Hat diese überhaupt eine Chance? Eine Modernisierung ist insbesondere mit der Digitalisierung verbunden. Digitalisierung ist jedoch etwas Standortunabhängiges. Auch das Thema "Zentrales Stadtbüro" – für das müssen wir nicht die ganze Verwaltung unter ein Dach bringen. Wir können ein zentrales Stadtbüro machen, wo 90 % der Fragen beantwortet werden können. Für die restlichen 10 % werde ich dann weitergeleitet. Lenzburg ist nicht so gross – dann geht man halt in ein zweites oder drittes Gebäude. Mit einer ganz klaren Zielvorgabe muss der Kunde in ein anderes Gebäude. Zentrale Anlaufstelle, sofort, aber dafür müssen wir auch nicht ins HWH. Zusätzlich kam die Frage, welche aber nie offen diskutiert wurde, weil sie der Stadtrat scheinbar frühzeitig "abgewürgt" hat. Wir haben ein grosses Schulraumproblem in Lenzburg. Wir haben ein fertiges Schulhaus, welches sicherlich nicht optimal für die Primarschule ist, aber warum überlegt man sich nicht, dass Haus weiterhin als Schulhaus zu brauchen? Dies beispielsweise im Rahmen einer Oberstufe, Primarschule oder als Betreuungsangebot. Wir von der GLP warten ab, ob allenfalls ein möglicher Änderungsantrag gestellt wird. Ansonsten würden wir diese Vorlage ablehnen.

Stadtammann Daniel Mosimann (SP) zu den Fragen von Michael Häusermann (SVP): Korrekt ist, dass der Stadtrat bezüglich Vorfall IT-Strategie Kenntnis hatte. Es ist ebenfalls korrekt, dass die GPFK auf diese bereits vorhandene IT-Strategie hingewiesen hat. Es ist aber so, dass der Stadtrat der GPFK ausführlich dargelegt hat – und wir sind weiterhin überzeugt –, dass die Strategie nicht kopiert wurde, sondern, dass gewisse Sachen der Tätigkeiten des Experten in anderen Gemeinden vorhanden waren. Der Stadtrat hat der GPFK ebenfalls angeboten, den Experten zu einer Aussprache einzuladen. Die

GPFK hat diesen Vorschlag abgelehnt. Der Stadtrat hat mehrere Gespräche mit dem Experten gehabt. Seine Ausführungen waren in diesen Gesprächen glaubwürdig. Für uns ist es unverständlich, dass die GPFK nicht auf diesen Vorschlag einging. Bezüglich IT-Strategie spürte man während des Prozesses, dass der Handlungsspielraum für die Gemeinden relativ gering ist, da vieles von Bund und Kanton vorgeschrieben wird. Vor allem im Kanton Aargau, wo man mit der e-Governmentstrategie vieles erreichen will. Auch dort schauen wir seit langer Zeit, dass die Stadt Lenzburg in diesen Projekten eingebunden wird wie z. B. beim e-Umzug oder dem e-Baugesuch. Es macht bezüglich Digitalisierung keinen Sinn, für kundenzentrierte Angebote Einzellösungen für eine Gemeinde auszuarbeiten.

Der Stadtrat hat sich ebenfalls Überlegungen zum Schulraum gemacht. Das Gebäude wurde frei, da der Kanton im Standort- und Raumkonzept auf den Standort Lenzburg verzichtet. Es ist richtig, dass der Kanton ein Angebot gemacht hat, für eine Weiterverwendung des HWH. Das ist die Fachschule für Gesundheit, Abteilung Betreuung, welche in Lenzburg hätte untergebracht werden können. Die Situation war diese, dass der Kanton seine Kompetenzzentren auf verschiedene Orte aufteilt. Der Stadtrat wollte wissen, wie die Perspektive aussieht: Das Haus wäre ziemlich voll gewesen, mit all den Schülerinnen und Schülern von der Abteilung Betreuung. Man hätte kein Entwicklungspotenzial im HWH, was wiederum heisst, dass wir keine Garantie hätten, dass die Schule länger als fünf Jahre an diesem Standort sein wird. Auf das ging der Stadtrat nicht ein. Wir haben die Chance für die Zentrale Verwaltung gesehen. Noch allgemein zum Schulhaus HWH: Man hat im EG ein Sekretariat mit Theke, ein Schulzimmer mit 67 m<sup>2</sup>, im 1. OG sind es vier Schulzimmer, im 2. OG drei, wobei diese Zimmer zum Teil denkmalgeschützte Zimmer sind, wie beispielsweise das Ofenzimmer mit der Stuckdecke. Es gibt noch andere, ähnliche Zimmer, welche sich für den Primarschul-Unterricht überhaupt nicht eignen. Die Schulzimmer haben eine Grösse von 65 m<sup>2</sup> bis 85 m<sup>2</sup>. Die 65 m<sup>2</sup> sind eher an der unteren Limite. Was fehlt sind Gruppenräume. Es sind 14 Schulzimmer vorhanden, was ca. 7 notwendige Gruppenräume zur Folge hätte. Dies wäre vernünftig für einen guten Unterricht. Man hat also eine suboptimale Raumeinteilung, welche ebenfalls bauliche Anpassungen benötigt. Das Ausschlaggebende für den Stadtrat ist die Umgebung, welche nicht schülergerecht ist. Die Lage bietet einen Pausenplatz beim Freischarenplatz, wo dauernder Verkehr herrscht. Der Hünenwadelplatz ist ein kleiner Pausenplatz, ohne jegliche Möglichkeiten für Spielgeräte wie einen Basketballkorb oder Fussballtore für die grosse Pause, wo sich die Schülerinnen und Schüler bewegen könnten. Dazu kommt, dass auf dem Hünenwadelplatz ein Durchfahrtsrecht gilt, welches die Zufahrt zum Wohnatelier Meier etc. erlaubt. Diese Situation wäre wiederum sehr ungeeignet für die Kinder. Zusammengefasst heisst das, dass auch hier massive Investitions- und Umbaukosten in und um das Gebäude notwendig wären.

Die Umnutzung haben wir bereits dargelegt. Die Entscheidung für die Nutzung des HWH liegt beim Stadtrat mit den Kostenfolgen, welche man ausgehandelt hat. Dass das Projektteam keine Erfahrungen mit öffentlichen Verwaltungen hat, ist korrekt. Sie haben jedoch Erfahrungen mit Prozessmanagement. Die

Rückmeldungen aus der Verwaltung waren nach den ersten Interviews durchaus positiv. Es kommt jemand, der Fragen stellt, welche ich mir noch gar nie so überlegt habe. Das ist eine gute Sache, dass endlich jemand solche Fragen stellt. Dies waren die Reaktionen der Beteiligten. Es wurde erst komplizierter, als man festgestellt hat, dass gewisse Antworten auch gewisse Folgen mit sich ziehen können, wie z.B das Thema "Mehrpersonenbüros". Wir sind jedoch klar der Meinung, dass dies möglich ist. Dies gab danach Widerstände – diese Widerstände sind jedoch unabhängig von einem Projektteam, welche Erfahrungen oder eben keine Erfahrungen in einer öffentlichen Verwaltung hat. Zudem haben wir offengelegt, dass das Projektteam nicht aus der öffentlichen Verwaltung kommt. Es hätte die Möglichkeit gegeben, lieber Einwohnerrat, den damaligen Planungskredit abzulehnen. Wieso die Frage "Wie sieht die Verwaltung in zehn Jahren aus" nicht in der Vorlage beantwortet wird – jeder wird eine andere Vorstellung davon haben. Man kann es schlicht und einfach nicht wissen. Wenn man heute berücksichtigt, was unsere "Natels" vor zehn Jahren für Möglichkeiten geboten haben, hätte auch niemand sagen können, wozu diese heute fähig sind. Wenn all dies weiter so fortschreitet, muss man agil und beweglich sein und auf diese Situationen eingehen und reagieren können.

Zum Vorwurf der konzeptlosen Prozessoptimierung: Kann man dies einfach so sagen? Ich weiss es nicht. Besuchte irgendjemand das Projektteam? Interessierte sich jemand dafür? Hier vorne liegen zwei Ordner zum Reinsehen auf. Diese Ordner standen auch der GPFK zur Verfügung, wurden aber nicht genutzt.

Die lange Frist für unsere Antwort zum Antrag der GPFK für eine Neuausschreibung: Ich habe von unterwegs aus am Freitagmorgen mit GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus telefoniert. Ich wurde von ihr über dieses Angebot unterrichtet. Ich bin nicht befugt, darüber selbst zu entscheiden. Am Montagabend fand eine ausserordentliche Stadtratssitzung statt, in welcher wir darüber befunden haben. An der Sitzung am Mittwoch wurde dieses Angebot, ganz ordentlich, verabschiedet – eine gewisse Ordnung für den geregelten Ablauf muss sein.

Zu den Nachrüstungen (Sicherheit, Barrierefreiheit) der bisherigen Gebäude: 4,8 Mio. Franken sind logischerweise nicht nur für einen Lift im Rathaus – es sind die Kosten einer Studie für eine Erweiterung des Rathauses, welche mehr Räumlichkeiten und eine Barrierefreiheit ermöglichen. Dies könnte beispielsweise ein Ergänzungsbau südlich des Rathauses sein. Barrierefreiheit im Försterhaus: Bis man zum Promenadenzimmer gelangen kann, sind mindestens drei Schwellen zu überwinden. Zudem ist es nicht nur die Barrierefreiheit, sondern auch die Sicherheit. In diesen Gebäuden ist ein klarer Mangel an Sicherheit vorhanden. Im Rathaus kann man ohne Anmeldung eintreten und bis in den 3. Stock gehen, ohne bemerkt zu werden. Wir hatten bereits Vorfälle, nicht nur in den Sozialen Dienste, auch auf dem Betriebsamt, auf der Finanzverwaltung, bei den Steuern oder auf dem Bau gibt es kritische und unzufriedene Kundschaft. Es kann überall vorkommen. Wenn die Vorlage

abgelehnt wird, müssen wir alle Häuser ausrüsten, um den Mitarbeitenden einen minimalen Schutz gewähren zu können.

Die Sozialen Dienste im dritten Stock: An der Infoveranstaltung wurde das Thema bereits angesprochen, dass es sich um ein Grobkonzept handelt und durchaus nachträgliche Anpassungen gemacht werden können. Aus diesem Grund kann in dieser Phase noch kein Sicherheitskonzept vorliegen. Was bereits vorhanden ist, ist ein 3-Zonenkonzept mit einer öffentlichen, einer halböffentlichen und einer Verwaltungszone. Es macht keinen Sinn, bereits jetzt ein Sicherheitskonzept auszuarbeiten.

Remo Keller (SP): Es ist richtig, dass es ein grosses Potenzial bei den Prozessen gibt. Ebenfalls ist es korrekt, dass diese Prozesse nicht nur im HWW optimiert werden können, und, egal wie es heute Abend ausgeht, irgendetwas dafür mitgenommen werden kann. Das bisher gesprochene Geld ist nicht in vollen Umfängen verloren. Dadurch ist zu sehen, dass gearbeitet wurde. Wo sicherlich Potenzial zur Verbesserung vorhanden ist, ist bei der Kommunikation. Ich denke, das ist unbestritten. Ich denke, dass wir bei einem Zusammenschluss der Verwaltung im HWW sehr viel Potenzial haben werden. Das ist etwas Unbestrittenes. Die GPFK und auch die Rückmeldungen der Fraktionen zeigen, dass in den Eckpunkten eine Einigkeit herrscht. Wir alle sehen den Nutzen des Verwaltungsgebäudes. Es fehlt das Vertrauen, welches in ein Machtspiel ausartet. Ein Machtspiel zwischen dem Einwohnerrat, dem Stadtrat und der GPFK. Machtspiele haben meistens etwas Gemeinsames. Es kann einen faktischen Gewinner geben, jedoch wenn man den Gesamtnutzen anschaut, kann weder der Einwohnerrat, der Stadtrat noch die GPFK viel gewinnen. Der Bürgernutzen fehlt. Wir vergessen dabei alle Lenzburgerinnen und Lenzburger, welche nichts davon haben. Am Ende müssen wir uns die Frage stellen, ob wir genug Vertrauen haben, dass es ein gutes Ergebnis gibt. Ich denke, dass diese Eckwerte gesetzt sind. Wir sehen den Nutzen eines Verwaltungszentrums, den Nutzen eines Zusammenschlusses einer Verwaltung. Es gibt offene Fragen, das ist klar. Jedoch hat man bis zum Umzug noch zwei Jahre Zeit, daran zu arbeiten. Es werden weiterhin Überlegungen gemacht, das Ganze zu verbessern und zu optimieren. Ich bin davon überzeugt, dass wir die ersten Grundsteine richtig gelegt haben. Ich bin überzeugt, dass die Eckwerte korrekt sind und dass "Lenzburg21" in den Eckwerten, welche wir als Einwohnerrat heute Abend bestimmen können, das Richtige ist. Jetzt müssen wir nur noch das Richtige machen.

Michael Häusermann (SVP): Ich denke, die Fronten sind mittlerweile ein wenig verhärtet, aber die Meinungen wurden gebildet. Noch eine Antwort an Herrn Stadtmann, welcher uns mitteilte, dass zwei Ordner vorne liegen, in welche jeder Einsicht haben kann und sich niemand bemühte, diese anzuschauen. Wusste jemand, dass man diese anschauen kann? (Remo Keller hob die Hand)

Für ein "Ja" reicht es bei mir nicht – ein "Nein" ist auch keine Möglichkeit. Ich stelle einen Rückweisungsantrag: "Die Vorlage ist an den Stadtrat zurückzuweisen." Die Vorlage ist zu wenig ausformuliert. Es fehlt eine Definierung der Teilprojekte. Was sind die Ergebnisse der Teilprojekte? Was sind die Messkriterien? Was waren die Ziele? Was bedeutet die IT-Strategie? Es fehlen offenbar die Detailangaben. Was ist der IST-Zustand der IT-Landschaft? Wie sieht die Kommunikation des Stadtrats für den weiteren Verlauf des Projekts aus? Es fehlt ein Sicherheitsprojekt. Eine weitere Frage: Ist der Stadtrat bereit, für den weiteren Verlauf Personen beizuziehen, welche das Wissen über die Abläufe in einer öffentlichen Verwaltung besitzen? Weitere, nicht aufgelistete Forderungen, dürfen nachgeliefert werden. Der Antrag wäre gestellt.

Stadtmann Daniel Mosimann (SP): Wie alle Einwohnerrätinnen und -räte wissen, ist die zusätzliche Einsichtnahme von Unterlagen auf der Verwaltung möglich. Dies wird beispielsweise im Tiefbau regelmässig praktiziert. Die Türen sind ebenfalls im Rathaus dafür geöffnet. Es wird nicht zwischen den Abteilungen unterschieden.

Remo Keller (SP): Wir diskutieren über den Rückweisungsantrag. Was darin vorhanden ist, sind die Parameter. Was für mich noch nicht ersichtlich ist, ist, wie der Stadtrat weitermachen will. Wir haben bereits einen Projektkredit gesprochen, welcher aufgebraucht ist. Wenn nur der Stadtrat in seinem Pensum weiter daran arbeitet, werden wir in fünf Jahren eine Antwort erhalten. Die Frage ist, ob dies der richtige Weg ist – ich bezweifle es.

Christoph Nyfeler (FDP): Ich habe heute Abend ein zweifaches Déjà-vu. Das erste ist die Vorlage, welche von Seite 1 bis 8 der Wortlaut der Vorlage "Planungskredit" ist. Der Unterschied ist, dass er am 6. Dezember 2019 Planungskredit und heute Projektkredit heisst. Wir können heute noch lange über Glauben diskutieren oder über Fakten. Ich möchte zwei Fakten nennen. Déjà-vu Nr. 2: Was wurde am 6. Dezember 2019 diskutiert? Mein Gedächtnis ist nicht so gut, aber wir haben zum guten Glück ein Protokoll. Protokollauszug vom 6. Dezember 2019 der Einwohnerratssitzung. Der Sprecher der GPFK Beat Hiller. Ich zitiere Seite 13, Abschnitt 2: *"Die Vorlage hat viele Fragen aufgeworfen, welche nicht beantwortet wurden. Es waren zwei Sitzungen notwendig. Abgesehen von den offen gebliebenen Fragen hat uns die Art und Weise der Rekrutierung des Projektleitungsteams befremdet. Ich bin auch erstaunt, dass der Projektleiter heute Abend nicht unter den Besuchern ist. Scheinbar sind unsere Beratungen zu wenig wichtig. Der Stadtrat hat für das Projekt drei Männer zu einem Tagessatz von bis zu Fr. 2'000.– verpflichtet, ohne im Vorfeld ein Evaluationsverfahren, das eingesehen werden kann, durchzuführen. Die drei Herren, obwohl sie organisatorisch zusammenarbeiten, mussten in Einzelfirmen gegliedert werden, damit die Schwelle von*



*Fr. 150'000.– nicht überschritten wird und dadurch auf ein Submissionsverfahren verzichtet werden konnte". Seite 13, Abschnitt 3: "In der ersten GPFK-Sitzung vom 28. November 2019 haben wir aufgrund der unvollständig beantworteten Fragen mit 8 Stimmen, bei einer Enthaltung, beschlossen, dem Einwohnerrat einen Rückweisungsantrag (für den Planungskredit) zu stellen. Der Stadtrat hat uns dann gebeten, nochmals eine Chance zu erhalten, um das Geschäft besser vertreten zu können. Was auch gemacht wurde".*

Wir haben den Planungskredit angenommen, mit dem Unterschied, dass nur ein Planungskredit von 1,1 Mio. Franken anstelle der geplanten 1,26 Mio. Franken gesprochen wurde. Wir haben heute Abend genau die gleiche Diskussion, welche wir bereits am 6. Dezember 2019 hatten. Über sämtliche Parteien hinweg wurde dieses Projektteam in Frage gestellt. Die Art und Weise, wie das Projektteam angestellt wurde – acht Mitglieder der GPFK wollten einen Rückweisungsantrag stellen, basierend auf die erste Vorlage des Planungskredits. Wir haben dem Planungskredit grossmehrheitlich zugestimmt. Wo stehen wir heute? 1,1 Mio. Franken ärmer. Wir haben eine Vorlage, welche auf Seite 1 bis 8 exakt den gleichen Wortlaut hat wie der Planungskredit. Auf Seite 9 bis 14 ist er zu 70 % gleich, mit gewissen Ergänzungen. Festgestellt habe ich das am 9. September 2020, mit der Bitte, man solle uns das Detailkonzept zustellen. Alle Fragen wären so geklärt gewesen, wenn dieses Konzept vorhanden gewesen wäre, welches gemäss Planungskredit 1,1 Mio. Franken gekostet hat. Was wir erhalten haben, knapp 24 Stunden später, waren vier-einhalb A4 Seiten Detailkonzept. Wir haben 1,1 Mio. Franken für ein vier-einhalbseitiges Detailkonzept ausgegeben, welches den Wortlaut der Vorlage aufnimmt und weiterführt. Ich glaube es ist unsere Aufgabe als Einwohnerrat, Vorlagen anzunehmen, zu diskutieren und zum Ziel führen, welche fundiert sind, wenn sie Geld kosten – wenn sie viel Geld kosten, sollten sie noch fundierter sein als das, was hier aufgeführt ist. Dementsprechend ist dies das Votum, warum die FDP "Ja" zum Rückweisungsantrag sagt.

Christina Bachmann-Roth (CVP): Wir sitzen heute wieder hier und haben ein Grundproblem. Corin Ballhaus hat es im ersten Votum bereits erwähnt – sie nannte es "Glauben", ich nenne es "Vertrauen". Es mangelt an Vertrauen zwischen der GPFK und dem Stadtrat, zwischen dem Einwohnerrat und dem Stadtrat und zwischen der GPFK und dem Einwohnerrat ebenfalls. Trotzdem sagen wir in allen Voten, dass wir alle die gleiche Vision haben. Stimmt das? Wenn wir alle die gleiche Vision hätten, ginge es jetzt darum, dass wir diese Vision ausformulieren, dass wir Ziele setzen, dass wir diese Menschen führen und kontrollieren, um schlussendlich dieses Ziel zu erreichen. Das haben wir gesagt, wollen wir. Dies habe ich von allen Parteien gehört, und alle haben es gesagt. Jetzt stehen wir hier und diskutieren die Arbeit in jedem Detail. Wir hörten viele Vertreterinnen und Vertreter der GPFK. Danke vielmals für diese wertvolle Arbeit. Heute tagt hier der Einwohnerrat. Ich erwarte von der GPFK, dass sie ihren Job macht. Ich erwarte vom Einwohnerrat, dass wir unseren Job machen, und ich erwarte vom Stadtrat, dass er seinen Job macht. Ich habe im Alter von 14 Jahren den Jungscharkurs absolviert, wo ich einen Satz gelernt

habe: "Vertrauen entsteht durch wahrgenommene Verantwortung" nämlich vom Stadtrat, von der GPFK und nun vom Einwohnerrat. Wir müssen unsere Verantwortung wahrnehmen, und jeder muss sich überlegen, was ist meine Verantwortung? Was ich mir wünsche ist, egal ob diese Vorlage angenommen oder abgelehnt wird, dass wir uns von allen Behörden im Klaren sind, was unsere Verantwortung ist. Was ist die Verantwortung der GPFK? Ist es diese, dass sie uns hier alle Details zeigen, welche sie in der GPFK hörten? Aus diesem Grund sage ich, und auch wir in CVP/EVP, dass wir hinter dieser Vision stehen. Wir gingen hier hinein mit einem "Ja". Jetzt liegt uns ein Rückweisungsantrag vor, wo ich sage, dass es besser ist als eine Ablehnung. Dies sagen wir in der Fraktion. Trotzdem möchte ich nochmals an unsere Arbeit appellieren – so können wir nicht arbeiten – so kommen wir nicht weiter und werden jede Vorlage abschiessen, und zwar nicht wegen den Personalfragen des Projektteams, sondern wegen dem Grundvertrauen, welches in unseren Gremien fehlt. Hier müssen wir uns an der eigenen Nase nehmen und dies nicht auf irgendwelche Personalien in der Verwaltung abschieben.

Martin Killias (SP): Es gibt Situationen, in denen man es schwer hat, sich zu einer Vorlage oder zu einem Antrag zu positionieren. Mein Anliegen ist nicht ganz von dieser Welt, da ich eine Lanze brechen will für unser altes Rathaus. Ich weiss, das HWH ist für sich ein interessantes Objekt. Ich bin auch nicht gegen die Idee, die Verwaltung dort zusammenzuführen. Ich kann ihnen aber sagen, dass es mir weh tut, dass das Rathaus nicht mehr das Rathaus ist. Was auch immer dort hinein kommt, klar es gehört der Ortsbürgergemeinde (OBG), aber was machen sie damit? Die OBG hat keine grosse Verwaltung. Werden sie es vermieten? Ja, vielleicht. Eventuell kommt eine Versicherung oder eine Bank hinein und schon ist die Rathausgasse zur Bankgasse geworden. Wir hätten dann vielleicht auch einen Sonderfall bei uns in Lenzburg. Wenn man sich überlegt, dass durch die ganze Schweiz hindurch die meisten alten Städte wunderschöne Rathäuser haben. Wir haben ein besonders schönes Baudenkmal aus dem Jahr 1672. Wir sind jetzt jedoch diejenigen, welche das Rathaus aufgeben. Das ist singulär ein nationaler Sonderfall. Ein Akt von grosser Symbolkraft. Sollte die Vorlage eine Chance haben, muss am Thema Weiterverwendung des Rathauses unbedingt gearbeitet werden. Es braucht eine Lösung. Natürlich kann man dies auf verschiedene Arten machen – eine Aufrüstung ist in meinen Augen auch nicht nötig. Denkbar wäre, wie in der Stadt Zürich, dass im Rathaus weiterhin die Regierung tagt. Das ist eine Symbolik! So etwas wäre nötig. Dazu ist das Rathaus heute auch der Ort für Hochzeiten - das Rixheimerzimmer. Es wurde gesagt, dass man das beibehalten könnte. Wenn das Zivilstandesamt nur im Rathaus ist, ist das auch nur noch ein toter Ast. Stellt euch einmal vor, dass Anlässe wie der Neujahrsapéro nicht mehr im bzw. vor dem Rathaus stattfinden könnten. Stellt euch diese Anlässe auf dem Freischarenplatz vor, wo die Autos und Busse ständig durchfahren. Dies ist einfach ein Kulturbruch erster Güte. Besonders bedauere ich, dass dies ein weiterer Schritt zum Absterben der Altstadt wäre. Etwas, was viele Leute in die Rathausgasse bringt. Ein letzter Punkt ist das Jugendfest: Wo soll der Vugelbärbam gesungen werden, etwa im HWH? Vielleicht in der Tiefgarage, wo es

gut hallen würde? Ich meine, das sind alles so kleine, symbolische Sachen. Bitte denkt daran, der Mensch besteht nicht nur aus IT, Zahlen, Kosten und Steuerzettel, sondern auch aus einer Seele. Wenn die Rückweisung der Vorlage durchkommt, hätte der Stadtrat die Möglichkeit zu überlegen, was könnte man als Minimalbesetzung im Rathaus behalten. Wenn die Vorlage durchgeht, was auch kein Unglück wäre, wäre bei der Umsetzung der Moment, wo man diese Frage beantworten könnte.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Martin Killias. Wird das Wort noch gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung betreffend Rückweisungsantrag.

### **Abstimmungen**

Gestützt auf den von Michael Häusermann eingebrachten Rückweisungsantrag wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen,

#### b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat weist die Vorlage 20/104 "Lenzburg21; Zentrale Verwaltung der Stadt Lenzburg; Projektkredit" an den Stadtrat zurück.

Dieser Beschluss ist formeller Natur und unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

---

### **3 Budget 2021**

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Zum Vorgehen: Wie jedes Jahr erfolgt zuerst die Eintretensdebatte, welche mit dem Bericht der GPFK-Präsidentin, Corin Ballhaus, eröffnet wird. Anschliessend können die Fraktionen Stellung beziehen und ihre Meinungen äussern. Auf die Eintretensdebatte folgt die Detailberatung zum Budget 2021. Zum Schluss stimmen wir ab. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass alle Anträge der Fraktionen erst in der Detailberatung bei den jeweiligen Abteilungen eingereicht werden sollten und nicht schon in der Eintretensdebatte.

Nun übergebe ich das Wort an Corin Ballhaus, GPFK-Präsidentin.

#### **Eintretensdebatte zum Budget 2021**

Sprecherin ist GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus (SVP): Ich habe auch ein Déjà-vu. In der GPFK Sitzung haben wir, ein bisschen später wie heute, mit der Budgetdebatte begonnen. Persönlich finde ich es schade, da hinter diesem

Papier enorm viel Arbeit steckt. Das Virus wirbelt dieses Jahr ziemlich vieles in unserem privaten, geschäftlichen wie auch politischen Leben durcheinander. So erstaunt es uns auch nicht, dass das Budget unter Einfluss der COVID-19 Situation zu verstehen ist. Die Stadt rechnet für das nächste Jahr mit einem Betriebsverlust von 2,56 Mio. Franken, nachdem im laufenden Jahr ein Verlust von 1,2 Mio. Franken erwartet wird. Unter dem Strich soll das Gesamtergebnis 2021 knapp positiv bleiben.; festzustellen ist aber, dass es seit 2018 rückläufig ist. Eine Kernaussage am Infoabend war, dass die Einkommens- und Vermögenssteuern sinken werden. Wenn ich mir den budgetierten Rückgang von Fr. 500'000.– auf 26,6 Mio. Franken bei den natürlichen Personen anschau, nimmt sich das vergleichsweise bescheiden aus. Vor allem wenn man die Wirtschaftsnachrichten verfolgt, von Stellenabbau, Betriebsschliessung und Lohnkürzungen und teilweise von sehr düsteren Prognosen liest. Dem trägt hier eher der Rückgang der Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen Rechnung, wo die Stadt mit einem Rückgang auf 3,5 Mio. Franken rechnet (Budget 2020 4,1 Mio. Franken). Dass man den Steuerfuss im laufenden Jahr bei 105 % belassen hat, erweist sich unter diesen Umständen klar als richtig. Jetzt aber nicht vorschnell den Steuerfuss erhöhen zu wollen, sondern erst einmal die Auswirkungen von COVID-19 abzuwarten, begrüsst die GPFK. Der Budgetierungsprozess war dieses Mal besonders anspruchsvoll. Fünf Lesungen hat es gebraucht, bis die Zielvorgaben des Stadtrats erreicht wurden. Auf unsere Rückfragen aus der GPFK hat Vizeammann Franziska Möhl ausgeführt, dass nicht nur bei Sachausgaben in praktisch allen Bereichen Streichungen und Kürzungen vorgenommen wurden, sondern es sind auch Ausgaben teilweise nur zeitlich verschoben worden. Diese werden uns in einem der nächsten Budgets begegnen. Das vorliegende Budget sieht einen Nettoausbau von 90-Stellenprozenten vor. In der GPFK haben wir erfahren, dass dieser Ausbau noch viel höher ausgefallen wäre, jedoch wurden die Stellenbegehren kritisch hinterfragt und die gewünschten Pensen reduziert oder zeitlich verschoben. Wenn wir jetzt einen Stellenabbau in der Wirtschaft mit dem der Verwaltung gegenüberstellen, kann man sich schon fragen, wie gut das Ausbausignal beim Stimmbürger ankommen wird, wenn man unter den gegebenen Umständen einen Rückgang beim Fiskalertrag erwartet. Abgesehen davon, dass nicht mit einem überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstum zu rechnen ist. Dass unter diesen Rahmenbedingungen "Nein"-Stimmen an der Urne eingelegt werden könnten, lässt sich nachvollziehen. Vielleicht macht das Budget nicht transparent, auf was der Stimmbürger verzichten muss und wo er die Einsparungen zu spüren bekommt. So kann er aus dem Budget nicht herauslesen, dass er vorläufig auf eine neue Rutsche in der Badi verzichten muss und dass er im AGESA noch länger auf den alten Stühlen sitzen muss. Unverständlich könnte für den Stimmbürger auch sein, dass auf der einen Seite über Fr. 20'000.– für den digitalen Dorfplatz "Crossiety" ausgegeben werden, der kaum von jemandem genutzt wird, während auf der anderen Seite der neu gegründeten Gesellschaftskommission das Budget um 40 % gekürzt werden soll. Auch hier haben wir wieder das Thema Kommunikation. Spuren hinterlässt das Virus auch beim Selbstfinanzierungsgrad. In der Investitionsrechnung stehen Investitionen von 1,17 Mio. Franken Einnahmen von Fr. 226'000.– gegenüber. Man senkt den Selbstfinanzierungsgrad vorübergehend von 106,5 auf 105. Die GPFK dankt an dieser Stelle der Ressortvorsteherin Franziska

Möhl und dem Finanzteam von Marc Lindenmann für die Arbeit. Hier steckt Einiges dahinter, was wir leider zu wenig sehen. Von der GPFK kommt der gewohnte Appell an alle Ressorts: Das Budget ist ein Rahmen und soll keine Einladung sein, diesen Rahmen auszuschöpfen. Angesichts des Investitionsbedarfs in den nächsten Jahren und der damit steigenden Verschuldung sollten wir alle Sorge zu unserem Steuerfranken tragen. Damit gebe ich das Wort frei für die Stellungnahme und Meinungsäusserungen von den Fraktionen zum Budget.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke vielmals Corin Ballhaus. Wem darf ich das Wort erteilen?

Beat Hiller (GLP): Die GLP bedankt sich für die immer wieder gute Arbeit, welche im Rahmen der Budgetierung gemacht wird, insbesondere natürlich der Abteilung Finanzen. Es freut uns natürlich, dass trotz COVID-19 das Gesamtergebnis im Jahr 2021 noch leicht positiv ausfallen soll. Gewisse Angaben über Rückgänge bei der Einkommenssteuer erachten auch wir als sehr mutig. Wir denken, dass dort der Rückgang noch ein wenig grösser sein wird, da doch der eine oder andere dieses Jahr nicht mehr dasselbe Einkommen wie in den Vorjahren haben wird. Spannend wird es auch beim Budget 2022. Uns ist ebenfalls aufgefallen, dass gewisse Ausgaben nach hinten verschoben wurden. Dies ist natürlich eine sehr gefährliche Massnahme, insbesondere in der aktuellen Situation, wo wir nicht genau wissen, wie es weitergeht. Wir müssen davon ausgehen, dass es nächstes Jahr auch nicht viel besser sein wird als dieses Jahr. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass Ausgaben, welche für weitere Jahre zurückgestellt werden, der falsche Weg ist. Es müssen gezielt Ausgaben gestrichen werden, sonst bringt das Ganze nichts. Wir haben in den nächsten Jahren auch Ausgaben, über welche wir nicht diskutieren können. Diese sind fremdbestimmt und müssen getätigt werden. Siehe Ausgaben- und Finanzplan im Zusammenhang mit der Schulraumumsetzung oder diverse Positionen beim Verkehr, welche in den nächsten Jahren bezahlt werden müssen. Über diese gilt es nicht zu diskutieren, sondern zuzustimmen. In diesem Budget gibt es Ausgabepositionen, bei welchen ich den Stadtrat und die Verwaltung bitte, diese nicht voll auszuschöpfen, sondern immer wieder kritisch zu hinterfragen, ob es das tatsächlich braucht? In diesem Sinn, das Budget nicht auszuschöpfen, sondern die Gelder bestmöglich einzusetzen, damit wir vielleicht trotzdem in der Jahresrechnung 2021 ein positives Resultat haben werden.

Daniel Blaser (CVP): Das Budget 2021 hat die ganze Stadtverwaltung vor Herausforderungen gestellt. Schon lange gab es nicht mehr so viele schwierige und unbekannte Faktoren, welche in ein Jahr hineinspielen. Die Auswirkungen der Coronasituation sind nicht abschätzbar. Im Budget 2021 zeichnet sich ein negatives Betriebsergebnis mit 2,56 Mio. Franken ab, und das Gesamtergebnis,

ohne Spezialfinanzierungen, ist zwar im Plus, jedoch nur mit Fr. 270'000.—. In den Vorjahren (2018/19) waren es mehr als 3 Mio. Franken. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Abschreibungen erhöht und zusätzliche Abschreibungen für Schulbauten gemacht wurden, welche bereits eine Reduktion von mehr als 1 Mio. Franken ausmacht. Ich bin in der Rechnung 2020 gespannt, ob das budgetierte Gesamtergebnis von 1,8 Mio. Franken erreicht wird. Bezüglich der Zielvorgabe mit einer Selbstfinanzierung von 6,5 Mio. Franken im 2021 hat sich herausgestellt, dass der Betrag im 2021 nicht erreichbar ist. Die ersten Berechnungen haben eine Selbstfinanzierung von Fr. 800'000 ergeben. In fünf Sitzungen haben die Budgetverantwortlichen mit Anpassungen in den Abteilungen die reduzierte Zielvorgabe von 5 Mio. Franken erreicht. Das Herumfeilen am Budget ist nicht einfach. Man muss im Auge behalten, dass möglichst nicht an Orten gespart wird, die ein Problem einfach in das nächste Jahr verschieben oder dieses gar vergrössern. Es muss an Luxus gespart werden. Das Budget sieht vor, die Stellenprozente zu erhöhen. Ebenfalls sollen die Lohnsummen nach DBR um 1 % angepasst werden. Weil wir sicherlich alle auch weiterhin gute Qualität erhalten und gute Arbeit fördern möchten, ist die CVP-Fraktion der Meinung, dass 1 % für individuelle Lohnerhöhungen zur Verfügung gestellt werden muss, um entsprechende Anpassungen vornehmen zu können. Mit Zurückhaltung sollten, trotz Corona, gute Leistungen honoriert werden und entsprechend zu einer Lohnerhöhung führen. Wir vertrauen dem Stadtrat und wissen, dass so ein Prozent nicht ausgenützt wird, nur weil es zur Verfügung gestellt wird. Wir möchten diesen Spielraum nicht einschränken. Auch über den Stellenplan haben wir uns Gedanken gemacht: Warum jetzt erhöhen, wenn im Zug von "Lenzburg21" eine ganz neue Situation entsteht. "Lenzburg21" ist im 2021 nicht umgesetzt. Es wird noch eine Weile dauern und die Stellen werden früher benötigt. Es ist schade, dass wir mit dieser Rückweisung wertvolle Zeit verlieren, was die personelle Situation eventuell noch verschärfen könnte und im Budget 2021 nicht berücksichtigt worden ist. Wir sind zuversichtlich, dass die Stellen nach der Fertigstellung von "Lenzburg21" mit der normalen Fluktuation wieder reduziert werden. Wir danken dem Stadtrat und allen Beteiligten, welche am Budget mitgearbeitet haben, für ihr Engagement. Es zeigt, dass in schwierigen Zeiten auf einiges verzichtet werden kann, um eine bessere Prognose zu gewährleisten. Die CVP-Fraktion ist für das Eintreten der Budgetvorlage und wird dem Budget einstimmig zustimmen.

Thomas Schär (SP): Ein Budget in Coronazeiten zu erstellen, ist schwierig. Vieles ist unklar. Wie wird die Rechnung 2020 abschliessen, wie wird sich die Wirtschaft in diesem Jahr und den nächsten Jahren entwickeln? Mit welchen Einnahmen und Ausfällen ist tatsächlich zu rechnen? Vieles basiert auf Vermutungen und Annahmen. Wir von der SP-Fraktion haben ein gutes Gefühl. Einerseits wegen der Zahlen im Budget selbst, vor allem aber auch wegen der kompetenten und klaren Präsentation des Budgets und den Erklärungen und Aussichten, welche an der Infoveranstaltung getätigt wurden. Wir erachten das vorliegende Budget als ausgewogen. Es wurde versucht, alle erwähnten Unwägbarkeiten zu antizipieren, ohne zu schwarz zu malen. Durch alle Be-

reiche hindurch wurden Anpassungen vorgenommen. Das Resultat ist ausgewogen. Trotz dem negativen Betriebsergebnis, resultiert ein kleines positives Gesamtergebnis. Das ist doch immerhin noch erfreulich. Auch die Anpassungen bei den Stellenprozenten können wir unterstützen. Sie erscheinen uns sinnvoll und nötig. Wir wollen eine Stadt, welche agiert und nicht nur reagiert. Dafür werden kompetente Mitarbeiter benötigt, welchen auch die nötigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Klar kann man die Haltung vertreten, dank Corona keine Erhöhung der Stellenprozente und keine neuen Ausgaben. Aus unserer Sicht greift das aber zu kurz. Damit werden der Stadt Lenzburg Möglichkeiten verwehrt. Möglichkeiten, welche wir auch in diesen Zeiten nützen wollen. Unsere Sicht, da sind wir uns sicher, wird sich langfristig auszahlen. Wenn über lange Zeit Überstunden angehäuft werden, ist es nötig, die Ressourcen zu hinterfragen und anzupassen. Wenn die Schülerzahlen stark steigen und der Lehrplan21 neue Inhalte und Massnahmen enthält, müssen auch diese nötigen Ressourcen angepasst und bewilligt werden. Ähnlich bei den Sozialen Diensten: Wenn die Fälle zunehmen, womit gerechnet werden muss, müssen die Ressourcen ebenfalls angepasst werden. Dies um die Fälle angemessen und kompetent zu begleiten, aber auch unter Umständen der Stadt Gelder aus anderen Stellen zurückzuholen. Agieren statt nur reagieren. Das betrifft vor allem auch den Bereich Standortentwicklung und Kommunikation. Auch diese Erhöhung macht Sinn und wird von uns unterstützt, damit Lenzburg agiert und einen Mehrwert schafft. "Lenzburg, wohin gehst du?" Diese Frage hat ein Alt-Stadtammann kürzlich im LBA gestellt. Eine gute Frage, gerade wenn man bedenkt, dass zur Amtszeit dieses Stadtammanns die Stadt Lenzburg hoch verschuldet war und Investitionen in Infrastruktur vernachlässigt wurden. Seither wurde viel gebaut und viel investiert. Lenzburg ist stark gewachsen, aber auch die städtischen Infrastrukturen wurden angemessen erweitert und gepflegt. Es wurde gebaut, erweitert und unterhalten; durchdacht und im Sinne der Gesamtbevölkerung; ohne zu übertreiben, aber auch ohne wichtige Investitionen zu lange aufzuschieben.

Die Investitionen schaffen auch Werte, sowohl Neubauten wie auch sorgfältige Unterhaltsarbeiten. Das sind Werte, welche geschaffen und erhalten werden. Das ist Vermögen der Stadt Lenzburg und der Lenzburgerinnen und Lenzburger. In den letzten Jahren wurden massiv Schulden abgebaut. Eine solche Ausgangslage würden sich noch einige Aargauer Städte wünschen. "Lenzburg, wohin gehst du?" Der Ausblick zeigt, dass die Schulden wieder stark zunehmen werden. Aber auch da sind viele Annahmen und Unwägbarkeiten. Vor allem je weiter man in die Zukunft plant und denkt. Wie werden sich die Einnahmen und Steuern wirklich entwickeln? Welche Investitionen werden dann, wann und wie umgesetzt? Aus diesen Gründen macht es Sinn, dass der Steuerfuss so bestehen bleibt, damit wir handlungsfähig bleiben und auch weiterhin investieren können. Es sind viele Fragen, welche in solchen unsicheren Zeiten mitspielen. Es geht aber auch um Vertrauen. Vertrauen in den Stadtrat, dass vernünftig gewirtschaftet wird, Kosten hinterfragt aber auch nach wie vor investiert wird, wo es geplant und wo es sinnvoll ist. So geht Lenzburg unserer Meinung nach einen guten Weg. Das vorliegende Budget ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die SP-Fraktion wird dieses Budget unterstützen. Zum Schluss noch ein Dankeschön an alle, welche an diesem Budget mitgearbeitet



haben. Einen grossen Dank aber auch an alle, die das ganze Jahr hindurch sorgfältig mit unseren Finanzen umgehen.

Christoph Nyfeler (FDP): Der Dank der FDP kommt ohne Wenn und Aber. Wir haben ein ausserordentliches Jahr. Wir haben eine aussergewöhnliche Leistung, und uns wurde ein Budget zusammengestellt, welches hervorragend ausgearbeitet wurde. Es war ein riesiger Effort, welcher sicher nicht einfach war und in anderen Jahren nicht ganz so hätte durchgeführt werden können. Ich möchte zwei Sachen explizit erwähnen: Das Budget mit den Kürzungen soll keine Einladung sein, um notwendige Investitionen einfach um eine Dekade zu schieben. Es ist ein aussergewöhnliches Jahr, ein aussergewöhnliches Budget, mit einem aussergewöhnlichen Effort, um ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Nächstes Jahr, wir wissen es nicht, wird es anders aussehen. Nächstes Jahr werden wir hoffentlich die Zahlen, welche hier vorgelegt wurden, erreichen. Die FDP-Fraktion tritt ein, unterstützt das Budget vorbehaltlos und möchte nochmals einen grossen Dank an alle Beteiligten aussenden.

Michael Häusermann (SVP): Die SVP dankt dem Stadtrat, insbesondere unserer Frau Vizeammann Franziska Möhl und dem Team in der Abteilung Finanzen unter der Leitung von Marc Lindenmann für die Ausarbeitung und Zustellung des Budgets 2021. Im letzten Jahr habe ich an der gleichen Stelle ausgeführt, dass über dem Lenzburger Finanzhimmel die Wolken dunkler werden – leider hatte ich Recht. Wenn wir jetzt in unsere Finanzzukunft schauen, so werden aus diesen dunklen Wolken am Horizont mittlerweile schwarze Wolken und die Finanzgewitterfront steht unmittelbar bevor. Die Kennzahlen wurden vom Stadtrat schon mehr als einmal kommuniziert. Auf diese muss ich nicht vollständig eingehen – sie werden dadurch ja auch nicht besser. Dass man den Steuerfuss unverändert auf 105 % belässt, erhält unsererseits vollste Unterstützung. Jedoch war es damit auch schon mit den positiven Punkten. Es sieht unerfreulich aus für das kommende Jahr. Der Stadtrat kann selbstverständlich nichts dafür, dass sich die COVID-19 Situation negativ auf unsere Finanzen auswirkt. Dies muss klar festgehalten werden. Wir sind aber der Ansicht, dass wir aufgrund von COVID-19 stärkeren Einfluss auf unser Handeln, respektive auf unsere Beschlüsse nehmen sollten, als das beim vorliegenden Budget der Fall ist. Wir können uns mit einem Ergebnis aus betrieblicher Sicht von minus 2,56 Mio. Franken nicht rühmen. Ein Selbstfinanzierungsgrad, welcher auf 40,1 Grad sinkt, zeigt, dass die Schulden massiv steigen werden, jedoch können wir unsere Infrastruktur auch nicht vernachlässigen. Sinkende Einkommens- und Vermögenssteuern sind eine Auswirkung von COVID-19. Für uns sollte noch viel stärker der Auftrag sein, mit dem Steuerfranken sparsamer und gezielter umzugehen als sonst. Ich kann den Ausführungen von Beat Hiller nur beipflichten. Wir danken dem Stadtrat für die Informationen anlässlich der Infoveranstaltung, welche Beträge uns dazumal vorlagen und welche Anstrengungen resp. Vorgaben zurück an die Verwaltung gingen, so dass das Budget heute so vor uns liegt. Interessant wäre aber noch

zu wissen, worauf die Bürgerinnen und Bürger alles verzichten müssen, wenn wir 2,7 Mio. Franken einsparen. Erwähnen möchten wir speziell, dass mit dem Budget 2021 erneut das Nettoergebnis bei der Bildung steigt, und zwar nicht unerheblich. Soll nur niemand sagen, wir sparen in der Bildung. Wo die Ausgaben im nächsten Jahr auch steigen werden ist im Bereich der Sozialen Sicherheit. Eine falsche Politik auf Stufe Bund und Kanton lässt die Sozialkosten in die Höhe schiessen. Auch Lenzburg ist davon betroffen. Im Jahr 2016 haben wir 19,23 % von den Steuereinnahmen für die Soziale Sicherheit ausgegeben. Das waren rund 5,8 Mio. Franken. Im Budget 2021 haben wir ein Nettoergebnis von rund 8,2 Mio. Franken vorgesehen, was bereits 23 % der geplanten Steuereinnahmen von 35,25 Mio. Franken ausmacht. Wir haben bereits gehört, dass die Steuereinnahmen auch ein wenig tiefer sein könnten. Die Sozialausgaben bleiben jedoch gleich. Das kleine Beispiel zeigt, in welche Richtung unsere Gesellschaft geht. Für die SVP ist dies unerfreulich. Dass das Gesamtergebnis am Schluss noch mit Fr. 268'200.– im Plus steht, zeigt, wie dünn die Decke ist. Einnahmenseitig haben wir im kommenden Jahr grosse Unsicherheiten. Wie die Steuereinnahmen im nächsten Jahr aussehen werden, wissen wir im Frühling 2022. Aus unserer Sicht sind die Steuereinnahmen eher zu optimistisch geplant. Wir sind gespannt. Dass die zweitgrösste Einnahm rubrik die Bussen der Regionalpolizei sind, erstaunt uns. Eigentlich sollten die Busseinnahmen nicht so fix geplant sein. Was machen wir, wenn sich plötzlich alle Autofahrer an das Gesetz halten? Dann fehlen uns 1,9 Mio. Franken. Die Dividenden der SWL über 1,2 Mio. Franken sind schon ein wenig bescheiden im Vergleich mit den Busseneinnahmen. Die Dividenden sind letztendlich auch wieder das, was die Bürgerinnen und Bürger für die Benützung von Gas, Wasser und Strom bezahlen.

Was in der aktuellen Situation klar sein sollte, ist, dass diverse Unternehmen finanzielle Einbussen erleiden müssen. Zum Beispiel die Fluggesellschaft "Swiss", welche sechs weitere Flugzeuge im Ausland parkiert, da sie keine Gäste mehr haben und somit Einnahmen fehlen. Piloten und Besatzungsmitglieder werden zurzeit auch keine Arbeit haben und vor finanziellen Problemen stehen. Eine Berufsgruppe hat aber einen enorm grossen Vorteil, da sie von einer wahnsinnigen Arbeitsplatzsicherheit profitiert: Das sind wir, die Angestellten der öffentlichen Hand – ich zähle mich da ganz klar auch dazu. Die Angestellten von Bund, Kanton und Gemeinde müssen keine Angst um ihren Arbeitsplatz haben, denn dieser ist sehr sicher. Oder hat irgendjemand von ihnen gehört, dass man Verwaltungspersonal, Polizei oder Lehrer entlassen hat? Ich nicht. Wir sehen also, dass wir auf der einen Seite Tausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben, welche finanzielle Einbussen hinnehmen müssen und wir auf der anderen Seite Angestellte im öffentlichen Bereich haben, welche keine Sorgen um ihren Arbeitsplatz haben müssen. Eine Ungleichheit, die kaum zu übersehen ist. Wir sind der Meinung, dass dies bei uns im Budget berücksichtigt werden muss. Es geht uns auch um einen "sozialen Frieden".

Wir sind der Meinung, dass aus Rücksicht auf die privaten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der jetzigen Situation die Löhne der Angestellten in der Stadt für das Jahr 2021 auf dem gleichen Niveau bleiben soll. Man soll auf den

1 %-igen Ausgleich für eine allfällige Teuerung und die individuelle Lohnanpassung ersatzlos verzichten. Wir denken, wir sollten ein Zeichen für die Solidarität setzen. In die gleiche Richtung geht es bei den Stellenerhöhungen. Als wäre im Land nichts passiert, kommt der Stadtrat mit einem Budget, welches bis anhin an diversen Stellen Pensen erhöht. Die Privatwirtschaft zittert, und die öffentliche Hand klotzt. Dies freut uns nicht. Hierzu sagen wir "Nein", zumindest punktuell.

Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte der anderen Fraktionen: Wir setzen ein falsches Zeichen, wenn wir in der jetzigen Situation mit COVID-19 die Stellen an allen Orten ausbauen, so wie das in diesem Budget vorgesehen ist. Wir bitten Sie, nicht nur vom Sparen zu reden, sondern auch solidarisch mit der Privatwirtschaft zu sein und sich zurückzuhalten im Stellenausbau im öffentlichen Bereich.

Fazit: Das vorliegende Budget passt für uns nicht. Wir sagen dazu nicht "Ja". Stellenerhöhungen in der geplanten Form und einen Teuerungsausgleich mit individuellen Lohnanpassungen passen nicht in diese Zeit hinein. Wir hoffen, dass wir uns auf Sie verlassen können. Besten Dank.

Vizeammann Franziska Möhl: Ich nehme direkt zu ein paar Punkten Stellung. Voten betreffend Ausgabenverschiebungen und deren Risiken: Es wird natürlich darauf geachtet, dass wenn wir Ausgaben verschieben, dies nicht zu einem "YoYo-Effekt" führt. Die Ausgaben sind zwar verschoben, aber nicht so, dass die Stadt davon Schaden nehmen könnte und die Ausgaben in Zukunft grösser werden. Ausgaben wurden gezielt verschoben. Es wurden gezielt Einsparungen gemacht und Prioritäten gesetzt. Dies ist ja auch etwas, was der Einwohnerrat immer fordert. Wenn man noch mehr sparen will, muss einem auch klar bewusst sein, dass die Dienstleistungen darunter leiden werden. Ich denke, dass der Bürger unter diesen Massnahmen, welche wird jetzt beschlossen haben, nicht viel merken wird. Auf der anderen Seite könnten wir auch beschliessen, dass wir die Strassen weniger wischen oder auf die Sonntagstour zu verzichten, um Littering zu beseitigen. Ich denke aber, dass wir dann keine schöne, lebenswerte Stadt mehr haben, und dort möchte ich ganz klar nicht sparen. Wie an der Infoveranstaltung erwähnt, haben wir eine Liste, wo überall gespart wurde und die einzelnen Massnahmen ersichtlich sind. Bei einer ursprünglichen Budgetierung war einmal eine Kindergartenabteilung geplant, welche aber aufgrund der Kinderanzahlen nicht benötigt wurde. Die Rutschbahn in der Badi wurde erwähnt oder die Stühle im Alten Gemeindesaal, welche zurzeit aufgrund der beschränkten Personenanzahl und viel weniger Anlässen sowieso wenig gebraucht werden. Ich denke, dies macht dem Bürger nicht so weh und darauf kann verzichtet werden. Das Budget wurde sehr vorsichtig erstellt und die Ausgaben wurden sehr grosszügig budgetiert. Aufgrund der aktuellen Lage hat man dieses jedoch hochgerechnet und angepasst.

Ein mehrfach erwähnter Punkt war der Steuerertrag: Es ist sehr schwer, diesen einzuschätzen. Wenn wir noch auf das Ergebnis von diesem Jahr zurückschauen: Wir konnten das Controlling per Ende August abschliessen. Wir rechnen mit einer Ziellandung, was das Gesamtergebnis anbelangt. Wir haben aber auch verschiedene coronabedingte Einsparungen und Mehrausgaben. Auf der Steuerseite der juristischen Personen rechnen wir im Moment mit einem um Fr. 400'000.– tieferen Steuerertrag. Im Budget 2021 sind wir bei dieser Position 15 % tiefer, was auch so vom Kanton vorgeschrieben wurde. Bei den natürlichen Personen sind wir knapp 2 % tiefer gegenüber dem Budget 2020. Der Kanton hat hier seine Prognose auf -2,5 % angepasst. Die Prognosen betreffen Bruttoinlandprodukt gehen sehr stark auseinander. Die einen sagen, es gibt einen Einbruch von 4 %, und andere sagen 6 %. Es ist also eine Differenz von 50 % und ich denke, dass man auch hier gewisse Annahmen treffen muss und somit sind wir knapp 2 % tiefer bei den natürlichen Personen für die Einkommens- und Vermögenssteuer. Meiner Meinung nach ist dies eine Grössenordnung, welche zu erreichen ist. Aber wir wissen alle nicht, wie es weitergeht.

Michael Häusermann sprach das Thema Sozialhilfe an: Hier muss man noch wissen, dass wir auf das Jahr 2019 eine Änderung beim Finanz- und Lastenausgleich hatten. Die Kantonsbeiträge wurden früher direkt bei der Sozialhilfe gutgeschrieben. Heute werden diese im Sozial- und Lastenausgleich gutgeschrieben und nicht direkt über die Sozialhilfe. Dies hat einen Effekt von rund Fr. 700'000.–, wo die Sozialhilfe "schlechter" scheint. Im Gesamtergebnis macht dies aber keinen Unterschied, da es dadurch in einem anderen Konto weniger Ausgaben gibt.

Dass der Finanzhimmel dunkel wird, das ist so. Michael Häusermann hat dies auch schon vor einem Jahr gesagt. Heiner Cueni fragte an der Infoveranstaltung, wie es mit den Schulden aussehen wird. Ich antwortete, dass mit einem tendenziellen Anstieg aufgrund der grossen Investitionen zu rechnen sei. Wie im heutigen Regionaljournal zu hören war, hat gestern Abend der Einwohnerrat von Aarau getagt, welcher ein Budget absegnete, welches ein negatives Gesamtergebnis hat. Dies könnten sie etwa zehn Jahre so handhaben, und dann hat Aarau sein Vermögen aufgebraucht. Also wir sehen, es werden vielerorts negative Zahlen geschrieben.

Zur budgetierten Lohnsummenerhöhung von 1 %: Dies ist durch das ganze Band hindurch bei den Anstellungen gemäss DBR gemacht worden. Gemäss DBR haben wir Kriterien, wo wir individuelle Anpassungen machen können oder eine generelle Lohnerhöhung beschliessen. Der Stadtrat hat bereits jetzt gesagt, dass eine generelle Lohnerhöhung bei der aktuellen Situation nicht in Frage kommt. Aber wir sind ganz klar der Meinung, dass wir Handlungsspielraum brauchen bei jungen Angestellten, um bei tieferem Einkommen und guten Leistungen gewisse Anpassungen machen zu können.

Wie sieht es in der Gemeindef Landschaft aus? Man kann sagen, dass dies alles relativ sichere Arbeitsplätze sind. Sie sind jedoch heute auch nicht mehr so geschützt, wie es von Michael Häusermann dargestellt wurde. Im DBR steht,

dass bei Umstrukturierungen oder aus wirtschaftlichen Gründen durchaus Stellen abgebaut werden können. In der öffentlichen Hand gibt es auch viele Anstellungen gemäss OR, welche gleich gehalten sind wie in der Privatwirtschaft. Einen Kündigungsschutz wie früher, wo man Beamtentum hatte, den gibt es heute sicher nicht mehr so ausgeprägt wie damals.

Zu den Vergleichen der Besoldungserhöhungen wie es andere Gemeinden und Städte gemacht haben: Baden/Wettingen haben beide 0 % Anpassungen, sprechen aber punktuelle Erhöhungen, welche mit den Mutationsgewinnen finanziert werden. Brugg hat ein altes Personalreglement, in welchem die Mitarbeitenden aufgrund des Dienstalters jährlich automatisch Anspruch auf eine Lohnerhöhung haben. Das ist das alte System, wie wir es vor langer Zeit auch hatten. Muri, Zofingen und Wohlen haben 0,5 % für eine generelle Lohnerhöhung und strukturelle Anpassungen eingestellt. Windisch hat zum Beispiel Fr. 40'000.– für strukturelle Anpassungen. Rheinfelden hat wie wir 1 % Erhöhung für generelle und individuelle Anpassungen. Zusätzlich noch etwas für die strukturellen Anpassungen.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Franziska Möhl. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Wenn das nicht der Fall ist, schliesse ich die Eintretensdebatte, und wir gehen zur Detailberatung des Budgets über.

### **Detailberatung des Budgets 2021**

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Wir gehen sämtliche Abteilungen durch. Corin Ballhaus übernimmt den Lead.

Corin Ballhaus (GPFK-Präsidentin): Danke den Fraktionen für ihre Beurteilung und Empfehlungen zum Budget. Danke Franziska Möhl für die Ausführungen und Erklärungen. Damit kommen wir zur Detailberatung des Budgets. Ich würde es gerne so handhaben, dass wir es möglichst effizient lösen und nicht Seite für Seite, sondern das Budget Kapitelweise durchgehen. Wir starten mit dem Ergebnis, sprich Einwohnergemeinde ohne Spezialfinanzierung, Abwasserbeseitigung, Abfallwirtschaft, HPS, Einwohnergemeinde, Kennzahlenauswertung (Seite 27 bis 38). Wenn hier Fragen sind, gerne melden. Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Wir gehen weiter zur Erfolgsrechnung – diese würde ich gerne mit den Erläuterungen kombinieren:

### **0 Allgemeine Verwaltung**

Brigitte Vogel (SVP): COVID-19 wurde heute Abend schon oft erwähnt – es ist ein ernstes Thema. Viele Arbeitnehmende haben in diesen Monaten Angst um

ihre Arbeitsstellen. Dies wird sich nach der Einstellung der Kurzarbeitsentschädigung noch massiv verschlimmern. Die Angestellten im öffentlichen Bereich profitieren von einer relativ hohen Arbeitsplatzsicherheit. Auch ich gehöre dazu. Ich bin froh, kommt Ende Monat der Lohn. Dann soll aber auch die Stadt Lenzburg und wir alle, welche von der öffentlichen Hand angestellt sind, ein Zeichen setzen und die Löhne auf dem Niveau vom Vorjahr belassen. Wir hören immer, dass gute Leistungen entschädigt werden müssen. Ich gehe davon aus, dass alle Mitarbeitenden gute Leistungen erbringen. All diesen Mitarbeitenden ist bestimmt eine sichere Arbeitsstelle sehr wichtig. Aus diesem Grund stellen wir von der SVP den Antrag:

"Ersatzlose Streichung der geplanten Zuwachsrate von 1 % bei der Besoldung für einen allfälligen Teuerungsausgleich", Konto 0211/3010.00.

Brigitte Vogel (SVP): Wenn sich sonst niemand zu Wort meldet, behalten wir das Wort. Wir haben heute ausführlich über das Projekt "Lenzburg21" gesprochen. Vor allem wurde immer wieder "Effizienzsteigerung" genannt. In diesem Zusammenhang sehen wir es nicht ein, dass wir eine Stellenerhöhung in der Bauverwaltung von 10 % angehen wollen. Auch in den Erläuterungen des Stadtrats kann nachgelesen werden, dass die Baugesuche in der nächsten Zeit weniger werden. In diesem Zusammenhang unser Antrag:

Konto 0222/3010.00:

"Ersatzlose Streichung der beantragten 10 % Stellenerhöhung für Stadtplanung und Hochbau. Die fehlenden personellen Ressourcen dürfen nicht in Form von extern eingekauften Ressourcen ausgelagert werden".

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Gibt es jemanden, der zum ersten Antrag das Wort ergreifen möchte? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir stimmen ab:

### **Abstimmung**

Der Antrag, die geplante Zuwachsrate von 1 % bei den Besoldungen für einen allfälligen Teuerungsausgleich und für individuelle Lohnanpassungen sei ersatzlos zu streichen, wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen abgelehnt. (2 Ratsmitglieder befinden sich im Ausstand).

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Gibt es Wortmeldung zum zweiten Antrag?

Stadtrat Martin Stücheli: Die zusätzlichen 10 Stellenprozent in der Bauverwaltung sind aus diesem Grund nötig, weil die umfassenden Aufgaben, welche sich in der Bauverwaltung summieren, im Moment nicht abgedeckt werden können. Überstunden und Gleitzeitsalden häufen sich an, und Ferien können praktisch nicht mehr bezogen werden. Um die vielfältige Arbeit erledigen zu können, wird eine Erhöhung von 10 % beantragt. Folgende Aufgaben werden gegenwärtig über die bestehende Stelle abgedeckt: Thema Energiestadt, das ist etwas, was wir im Leitbild haben und somit unbedingt abgedeckt werden muss. Um dies effizient abdecken zu können, brauchen wir die nötigen Ressourcen. Bei der Abteilung Hochbau und Stadtplanung sind zusätzliche Aufgaben vorhanden. Zum Teil sind dies Protokollführungen, welche gemacht werden müssen, sowie zusätzliche Aufgaben, welche im Zusammenhang mit "Smart-City" bei dieser Abteilung landeten. Gesamthaft stehen Aufgaben an, welche in der Abteilung Stadtplanung und Hochbau zusammenfallen und, wenn man diese sauber und mit der richtigen Qualität abdecken möchte, so sind die 10 Stellenprozent nötig. Ich bitte Sie, dies zu berücksichtigen. Wenn wir dies nicht haben, müssen wir mit den Leistungen zurückfahren. Dies ist jedoch nicht in unserem Sinne.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Wir stimmen zum zweiten Antrag ab:

### **Abstimmung**

Der Antrag, den Stellenetat der Abteilung Stadtplanung & Hochbau per 1. Januar 2021 nicht wie beantragt um 10 Stellenprozent zu erhöhen (Konto 022.3010.00), wird mit 8 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen abgelehnt. (3 Ratsmitglieder enthalten sich der Stimme bzw. befinden sich im Ausstand)

## **1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung**

Keine Wortmeldungen.

## **2 Bildung**

Keine Wortmeldungen.

## **3 Kultur, Sport und Freizeit**

Adrian Höhn (GLP): In den Erläuterungen zum Konto 3420/3101 und 3140 kann man lesen: "*Verbrauchsmaterial und Einsatz externer Unternehmer unter anderem für den Unterhalt des Widmi- und Aabachparks*". Meine Frage wäre, ob tatsächlich geprüft wurde, ob diese Kompetenzen langfristig beim Werkhof angesiedelt werden könnten und so die externen Unternehmer diese Leistungen nicht mehr erbringen müssen?



Stadtrat Martin Stücheli: Diese Anlagen müssen unterhalten werden. Aus diesem Grund ist dies etwas, was so gebraucht wird. Ich sehe keine Möglichkeit, wie dies im Moment anders gelöst werden könnte. Der Hinweis in den Erläuterungen ist so gerechtfertigt. Den Teil, welchen wir durch den Werkhof abdecken können, wird gemacht. Der Rest, welcher nicht durch den Werkhof abgedeckt werden kann, wird extern vergeben. Selbstverständlich schauen wir, dass wir so viel wie möglich selbst abdecken können. Welche Arbeiten genau unter diesem Konto verbucht werden, müsste ich im Detail abklären lassen. Zum Teil hat man auch – wenn der Werkhof mit den Arbeiten nicht nachkommt – zusätzlich eine Gärtnerei angestellt, um die Arbeiten auszuführen.

#### **4 Gesundheit**

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus: Wir haben nicht viel Einfluss auf die entstehenden Kosten, welche uns in nächster Zeit bestimmt noch beschäftigen werden.

#### **5 Soziale Sicherheit**

##### Konto 5452/3637.00 / Kinderbetreuung

Michael Häusermann (SVP): Die Subventionierungsbeiträge an die privaten Haushälter – ein altes Thema. Wir stellen den Antrag kurz und knapp:

Reduktion des Betrags auf maximal Fr. 350'000.–.

Dies ist sogar noch etwas mehr als im Jahr 2020. Wir haben es bereits in der Maisitzung erwähnt. Wir stossen uns auch im September 2020 noch daran, dass bereits nach einem Jahr – ohne Langzeiterfahrungen – Änderungen vorgenommen wurden. Andererseits subventioniert man weiterhin Familien mit einem Einkommen über Fr. 100'000.–. Dies erachten wir als nicht gut. Der Verteilschlüssel sollte je nach dem wieder angepasst werden.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Michael Häusermann. Weitere Wortmeldungen?

Beatrice Taubert (SP): Am 18. Juni 2020 haben wir über die Förderungen der Spielgruppen mit 28 "Ja" zu 9 "Nein" Stimmen abgestimmt. Diese Gelder sind ebenfalls in diesem Betrag vorhanden. Es wäre stumpfsinnig, diesen Betrag wieder zu kürzen, da wir diesem bereits vor ein paar Monaten zugestimmt haben.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Gibt es weitere Wortmeldung? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir stimmen ab:

### **Abstimmung**

Der Antrag, die Subventionierung der Kinderbetreuung (Konto 5452.3627.00) auf Fr. 350'000.– zu reduzieren (in etwa Niveau des Vorjahrs), wird mit 9 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, ebenfalls abgelehnt.

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus: Weitere Bemerkungen zur Abteilung 5, Soziale Sicherheit?

### Konto 5790/3010.00 / Fürsorge übriges / Löhne

Michael Häusermann (SVP): Wir stellen folgenden Antrag:

"Die ersatzlose Streichung der beantragten 50 % Stellenerhöhung für die Sozialhilfe. Die fehlenden personellen Ressourcen dürfen nicht in Form von externen eingekauften Ressourcen ausgelagert werden."

Wir haben im September 2018 im Einwohnerrat 295-Stellenprozente für die Sozialen Dienste bewilligt. Die SVP war auch dabei. Wir haben noch keine Rückmeldung erhalten, ob die eingeleiteten Massnahmen Wirkung zeigen und wenn ja, wo? Es ist eine dünne Erläuterung: Wir haben mehr Fälle, wir brauchen mehr Personal. Wir sind der Meinung, dass wir vor einem weiteren Stellenausbau eine Rückmeldung zu den vergangenen Massnahmen brauchen.

Stadtrat Andreas Schmid: Wir haben im Jahresbericht 2019 in ein paar Zeilen zusammengefasst und erörtert, was die Stellenaufstockung für Wirkungen zeigte. Wir konnten trotz einer Fallzunahme die Kosten, bzw. die Kostenentwicklung im Rahmen halten. Wir konnten vor allem seitens Ausgaben Einsparungen machen. Auf der Einnahmeseite haben wir festgestellt, dass gewisse Versicherungsleistungen zurückgegangen sind. Was wir auch gesehen haben ist, dass wir viele Existenzfälle ablösen konnten. Durch die engere Begleitung der Klienten konnten mehr Fälle abgeschlossen werden. Wir haben bei den Rückerstattungen mehr Erfolg. Dieses Jahr konnten wir relativ hohe Beträge zurückfordern. Dies ist nur möglich, da wir die nötigen Ressourcen haben, um nebst den hohen Fallzunahmen das Geschäft, wenn es um Rückerstattungen und subsidiäre Leistungen geht, zu bewältigen. Wenn wir dafür sorgen wollen, dass die Kostenentwicklung trotz Fallzunahme, welche wir leider nicht steuern können, nicht steigt, brauchen wir die entsprechenden Ressourcen. Im Jahr 2018 wussten wir bereits, dass bei einer derartigen Fallzunahme schnell ein Antrag für mehr Ressourcen kommen wird und wir

nicht zulassen werden, dass wir wieder so stark ins Rücktreffen mit Ressourcen fallen. Wir wollen Schritt für Schritt auf die Fallentwicklungen reagieren. Entsprechend beantragen wir bereits jetzt 50 %.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Gibt es weitere Wortmeldung? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir stimmen ab:

### **Abstimmung**

Der Antrag, den Stellenetat für den Bereich Sozialhilfe (Konto 5790.3010.00) nicht um 50 Stellenprozent zu erhöhen, wird mit 8 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen abgelehnt. (2 Ratsmitglieder befinden sich im Ausstand bzw. enthalten sich der Stimme.)

## **6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung**

Keine Wortmeldungen.

## **7 Umweltschutz und Raumordnung**

Keine Wortmeldungen.

## **8 Volkswirtschaft**

### Konto 8400/3130.01 / Beitrag an die Crossiety

Adrian Höhn (SP): Beitrag an Crossiety, der digitale Dorfplatz von Fr. 22'500.–. Diesen Beitrag leisten wir immer wieder einmal. Leider sehe ich, wie viele andere auch, den Sinn und Zweck dieser tollen App nicht. Ich stelle folgenden Antrag:

*"Ersatzlose Streichung des Beitrags an Crossiety auf den nächstmöglichen Kündigungstermin".*

Ich hoffe, Sie können dies so unterstützen oder sehen den Sinn und Zweck dahinter. Wenn ja, wünsche ich viel Spass auf Crossiety.

Stadtammann Daniel Mosimann: Crossiety kam zu Stande, da Crossiety auf unsere Region zukam. Wir haben bei diesem Verbund mit anderen Gemeinden mitgemacht. So pessimistisch wie angesprochen, darf man es nicht beurteilen. Dort, wo die Gemeinde die App als Mitteilungsplattform benutzt, ist der Verkehr

häufig hoch. Für uns war dies aber von Anfang an nicht Sinn und Zweck. Wir wollten dies der Bevölkerung, den Vereinen und all den anderen als mögliche Austauschplattform zur Verfügung stellen. Es war ein bewusster Entscheid, dass wir das von Seite Stadtverwaltung nicht pushen werden. Es hat sich gezeigt, dass Fahrwangen und Sarmenstorf von Seite der Gemeinde sehr aktiv sind und somit ein grosser Verkehr auf der Plattform haben. Aussteigen können wir frühestens per Ende 2021. Wir werden dieses Jahr noch dabei bleiben, nehmen die Bedenken von Adrian Höhn jedoch mit, aber es wäre vielleicht gut, wenn der Antrag das nächste Jahr nochmals ganz bewusst gestellt wird.

[Auf Nachfrage des Präsidenten erklärt Adrian Höhn, dass der Antrag für dieses Jahr zurückgezogen werde, jedoch demnächst wieder gestellt werde]

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus: Gibt es weitere Wortmeldung zur Abteilung 8, Volkswirtschaft?

#### Konto 8400/3010.00 / Standortentwicklung und Kommunikation

Brigitte Vogel (SVP): Einmal mehr ist das Projekt "Lenzburg21" bekannt bezüglich der Effizienzsteigerung. In diesem Zusammenhang ist es für uns völlig kontraproduktiv, und wir setzen ein falsches Zeichen, wenn wir jetzt die Stellenprozente erhöhen würden. Wir haben erst vor einem Jahr für das Budget 2020 60 Stellenprozente bewilligt. Mit dem jetzigen Aufstocken um weitere 40 % betreibt aus unserer Sicht der Stadtrat eine Salami taktik. Wir stellen folgenden Antrag:

*"Ersatzlose Streichung der beantragten 40 % Stellenerhöhung für die Standortentwicklung und Kommunikation".*

Stadtammann Daniel Mosimann: Bei der Erhöhung geht es darum, dass die Person operative Tätigkeiten im Alltag übernehmen kann, welche die Leitung der Abteilungen jetzt erledigt. Es geht um die Organisation der Stadtführung, Marktwesen, Treffpunkt, Agenda etc. Dies gibt eine Entlastung der Abteilungsleitung, wodurch es Zeit für die konzeptionellen Arbeiten gibt, welche bis jetzt fehlte. Vorteile wären eine Stellvertretung bei Ferienabwesenheiten oder eine konstante Besetzung, damit immer Auskunft gegeben werden kann. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen und der beantragten Stellenerhöhung zuzustimmen.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Gibt es weitere Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir stimmen ab:

## **Abstimmung**

Schliesslich wird auch der Antrag, auf die Erhöhung der Stellen für die Standortentwicklung und Kommunikation um 40 Stellenprozent zu verzichten, mit 8 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen abgelehnt. (2 Ratsmitglieder befinden sich im Ausstand bzw. enthalten sich der Stimme.)

## **9 Finanzen, Steuern**

Keine Wortmeldungen.

## **10 Erfolgsrechnung Artengliederung**

Keine Wortmeldungen.

## **11 Investitionsrechnung**

Keine Wortmeldungen.

## **12 Kreditkontrolle**

Keine Wortmeldungen.

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus: Ich danke herzlich für die Mitwirkung. Wir sind am Schluss der Debatte über das Budget angelangt. Die GPFK empfiehlt das Budget einstimmig zur Annahme.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Wenn niemand das Wort wünscht, kommen wir zur Abstimmung.

## Abstimmung

In der Schlussabstimmung wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung

### b e s c h l o s s e n :

Das Budget der Einwohnergemeinde für das Jahr 2021 wird genehmigt und der Steuerfuss auf 105 % (wie bisher) festgesetzt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 lit. c der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum. Die Volksabstimmung findet am 29. November 2020 statt.

---

## 4 Aufgaben- und Finanzplanung 2021 bis 2025; Kenntnisnahme

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus: Ich könnte die Voten meines Vorgängers Beat Hiller vom letzten Jahr eins zu eins übernehmen. Wir haben es heute Abend bereits ein paar Mal gehört: Nichts Neues unter den dunklen Wolken. Die Lage ist nicht gemütlich und wird unter dem Einfluss von COVID-19 auch nicht besser. Mit den geplanten Investitionen von 50 Mio. Franken in den nächsten Jahren laufen wir immer stärker in eine Verschuldung, da auf der Einnahmeseite höchstens die Bussen im Moment zunehmen. Unter dem Eindruck der Senkung des Selbstfinanzierungsgrads, welcher von 6,5 Mio. Franken auf 5 Mio. Franken gesenkt wurde, kann man sich fragen, ob dies tatsächlich nur vorübergehend ist oder ob wir hier von einer Erhöhung ausgehen können. Franziska Möhl hat es am Infoabend bereits erwähnt, dass Investitionen in den nächsten 5 Jahren noch nicht bewilligt wurden. Es werden uns noch drei grosse Investitionen (Werkhof, Lenzhard und Bahnhof) auf die Füsse fallen. Unter dem Aspekt, dass wir viele Kosten haben, welche wir nicht beeinflussen können, sondern durchgewinkt werden müssen, sollten wir auch eher versuchen, nicht auf den Spartrip zu gehen, sondern vernünftige Lösungen und Ideen zu erarbeiten, und die Frage stellen, was notwendig und was Wunschenken sei. Was ich mir bei den künftigen Vorlagen ebenfalls wünschen würde, wäre, dass wir noch mehr die Brille als Entscheider aufsetzen sollten.

Die GPFK hat den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis genommen. Danke.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Corin Ballhaus. Die Diskussion ist offen, wem darf ich das Wort geben?

Remo Keller (SP): "Lenzburg, wohin gehst du?" Dieser Satz passt extrem gut zu diesem Aufgaben- und Finanzplan. Es gibt ein paar Sachen, welche ich gerne aufnehmen will und welche auch Rolf Bachmann, Alt-Stadtammann, in seinem Leserbrief zu bedenken gab. Es ist klar, Corona prägt auch dieses Werk. Der Stadtrat hat sich Gedanken gemacht, und die Eckwerte sind bekannt. Wir reden auch hier über einen Steuerfuss von 105 % über die gesamte Planungsperiode. Der Selbstfinanzierungsgrad hat ähnliche Parameter wie im soeben beratenen Budget. Wir sehen die Bemühungen des Stadtrats und wir begrüßen diese. Ich denke, es ist ein vernünftiger Finanzplan in einer turbulenten Zeit. Pro Kopf werden die Schulden im Jahr 2025 bei Fr. 2'500.– sein oder eben bei gesamthaft 28,3 Mio. Franken. Dies ist gemäss Handbuch des Kantons tragbar. Ich denke, es ist aus Sicht von Lenzburg sehr gut tragbar. Wir haben beim durchschnittlichen Steuerertrag immer noch mehr als der Durchschnitt. Es ist nicht schön, aber es ist gut und vor allem tragbar.

"Lenzburg, wohin gehst du?" Wenn ich wieder Bezug auf den Artikel nehme, dann hat die Amtsperiode vom erwähnten Alt-Stadtammann 2006 geendet. Zwischen 1991 und 2006 schwankte die Verschuldung in Lenzburg zwischen 25 Mio. Franken und 35 Mio. Franken hin und her. Damals lag die Einwohnerzahl bei ca. 7'800. Die Ausfinanzierung der APK zwei Jahre später ist in diesem Betrag nicht enthalten. Es sind nochmals 10 Mio. Franken mehr. Wenn man diese Zahl zu den Schulden hineinrechnen würde, wären wir bereits bei einer Schuld von Fr. 5'100.– pro Person. Seit 2006 konnte dieser Betrag abgebaut werden. Man sieht auch hier, dass man nicht schuldenfrei anfängt, sondern man nimmt Schulden auf, um etwas zu haben, was über die Jahre abgeschrieben wird. Irgendwann beginnt alles wieder von vorne. Diese Wechselwirkung gibt es, die folgt oftmals der Konjunktur, manchmal auch nicht, ist aber nicht unbedingt schädlich.

"Lenzburg, wohin gehst du?" Die Überbauung Widmi und Hero haben uns die letzten Jahre geprägt. Bevölkerungswachstum, der Schulraum, welchen wir schaffen mussten, welcher aber auch mit diesem Wachstum finanzierbar ist, da auch die Anzahl der Steuerzahler steigt.

"Lenzburg, wohin gehst du?" Das Artoz-Areal ist ausgeschrieben zum Verkauf. Ja, es ist relativ gutes Bauland und ja, es sind 30'000 m<sup>2</sup> (mit dem benachbarten Zeughaus-Areal gesamthaft 50'000 m<sup>2</sup>). Was heisst es, wenn dieses Areal tatsächlich mit Wohnungen überbaut wird? Es werden keine Einfamilienhäuser sein. Wenn ein Investor kommt, welcher dieses Areal möglichst gewinnbringend überbauen will, haben wir ähnliche Projekte wie in der Widmi oder der Hero. Was heisst dies in Zukunft für unsere Schulbauten? Wir müssen uns bewusst sein, dass wir einem Wandel unterworfen sind.

"Lenzburg, wohin gehst du?" Die Kantonsschule in Lenzburg. Es wäre schön, wenn wir nicht irgendwo hingehen müssten, sondern etwas zu uns kommt. Es

wurde im Einwohnerrat bereits schon einmal behandelt, und der Stadtrat wurde aufgefordert, etwas zu unternehmen. Von Brugg liest man viel mehr als von Lenzburg. Das heisst aber nicht, dass Lenzburg die Kantonsschule nicht genau so gerne bei sich hat. Hier müssen wir dranbleiben, auch wir vom Einwohnerrat sollten aktiv sein. Ich glaube, es wäre ein guter Nutzen für unsere Stadt und unseren Standortfaktor. Man könnte dieses Projekt auch verbinden mit dem Zeughaus-Areal, welches direkt neben dem Artoz-Areal liegt. Müsste hier der Stadtrat, in welcher Form auch immer, nicht auch ein wenig Einfluss nehmen und schauen, ob so etwas möglich ist? Ich lasse dies einmal so im Raum stehen. Es ist auch klar, dass der Verkäufer im Moment ein privates Unternehmen ist, welches sich ebenfalls seine Überlegungen machen wird. Ein Versuch ist es trotzdem wert.

"Lenzburg, wohin gehst du?" Vielleicht noch ein wenig konkreter. Es ist immer spannend, wenn man den Investitionsplan im Detail betrachtet. Positiv kann man herauslesen, dass praktisch kein Gebäude mehr, welches der Stadt gehört, zum Verkauf eingeplant ist. Im Zusammenhang mit dem Verwaltungsgebäude finde ich diese Entwicklung sehr positiv. Dass das Bezirksgebäude immer noch erwähnt ist, beurteile ich als eher negativ. Ich bin der Meinung, dass dieses Gebäude strategisch an einem sehr wichtigen Ort steht. Das darf die Stadt nicht verkaufen. Hier sollten wir mitbestimmen und schauen, was noch passiert. Ein weiteres Projekt ist das Rathaus. Auch dort war es im AFP. Seither wird dieses Projekt vor uns hergeschoben. Die Einwohnergemeinde hat das Rathaus jahrelang von der Ortsbürgergemeinde zur Verfügung gestellt erhalten. Wir bezahlen keine Miete. Man hat sich verpflichtet, dieses Haus zu unterhalten. Was machen wir daraus? Seit mehreren Jahren schieben wir die Fassaden- und Dachrenovation vor uns her. Ich denke, dies wird in nächster Zeit gemacht werden müssen.

"Lenzburg, wohin gehst du?" Ein anderer spannender Ansatz, welchen man lesen kann ist, dass man den Bahnhofplatz mit der Bahnhofstrasse kombinieren könnte. Auch hier sieht man im AFP, dass der Bahnhof bis 2025 kommt. Die Sanierung der Bahnhofstrasse muss vorher gemacht werden. Weiterhin zweifle ich, dass wir die SBB dazu bringen, etwas an unsere Bahnhofstrasse zu bezahlen. Grundsätzlich ein sehr spannendes Werk. Wir nehmen dieses dankend zur Kenntnis.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Remo Keller. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Den Aufgaben- und Finanzplan 2021 - 2025 nehmen wir zur Kenntnis.

---



## **5. Schriftliche Anfrage der CVP-Fraktion vom 12. März 2020 zu den Klimaauswirkungen in der Stadt Lenzburg; Beantwortung des Stadtrats**

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Ich erlaube mir eine Planänderung zu machen. Die schriftliche Anfrage der CVP-Fraktion werden wir bei der nächsten Sitzung beantworten, da wir noch ein dringendes Postulat haben, welches heute bearbeitet werden muss.

---

## **6 Umfrage**

### **Postulat Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria**

Thomas Schär (SP): Dieses Postulat wurde von 17 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten aus verschiedenen Fraktionen unterschrieben. Gerne möchten wir, welche dieses Postulat eingereicht habe, dieses als dringlich erklären lassen. Dies ist gemäss Einwohnerratsreglement im §15 Abs. 3 so vorgesehen. "Der Rat kann ein Geschäft als dringlich erklären, dann ist es noch in der gleichen Sitzung zu behandeln".

Eine kurze Ausführung dazu: Im für rund 3'000 Menschen gedachten und mit über 12'000 Personen massiv überbelegten Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos sind am 9. und 10. September 2020 Feuer ausgebrochen. Das Lager und auch das letzte Hab und Gut der Geflüchteten wurde zerstört. Ein neues Lager für rund 3'000 Personen wird errichtet. Alle weiteren Menschen, junge, alte, Familien, Einzelpersonen, Männer, Frauen und Kinder sind auf andere Lösungen angewiesen. Hilfsorganisationen sind notfallmässig im Einsatz. Dies ständig mit der Gefahr von Corona im Nacken. Wegen dieser akuten Situation wollen wir, dass der Lenzburger Einwohnerrat heute über dieses Postulat diskutieren und abstimmen kann. Wie das auch in anderen Einwohnerräten im Aargau und anderen Städten der Schweiz bereits passierte oder passieren wird. Details zum Postulat, unseren Anliegen und Begründungen gerne bei der Debatte nach der Dringlichkeitserklärung. Ich bitte Sie inständig, diese Dringlichkeitserklärung zu unterstützen, damit wir danach darüber reden können – wie auch immer danach darüber abgestimmt wird.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Thomas Schär. Wir kommen zur Abstimmung:

## **Abstimmung**

*"Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria".*

Das Postulat "Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria" wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen als dringlich anerkannt.

Stadtrat Andreas Schmid: Der Stadtrat hat sich mit diesem Postulat bereits auseinandergesetzt. Wir sind der Meinung, dass es hier um Menschen in Not geht. Es geht nicht darum, Asylpolitik zu betreiben. Wenn die Stadt Lenzburg etwas dazu beitragen kann, diesen Menschen, welche Hab und Gut verloren haben zu helfen, wird die Stadt Lenzburg dies tun. Aus diesem Grund erklärt sich der Stadtrat dazu bereit, dieses Postulat ohne Abstimmung entgegen zu nehmen. [Applaus]

---

## **6 Umfrage**

Christina Bachmann-Roth (CVP): Anfrage an den Stadtrat: Was wird gegen das Misstrauen in den Gremien GPFK, Einwohnerrat und Stadtrat gemacht? Insbesondere was ist die Rolle der GPFK und was ist deren Organisationsreglement?

Corin Ballhaus (GPFK-Präsidentin): Das Thema Organisationsreglement nehme ich gerne auf. Für die GPFK ist der Einwohnerrat zuständig, nicht der Stadtrat. Der Einwohnerrat wählt die GPFK-Mitglieder. Ein Reglement besteht bis zum heutigen Tag nicht, daran wird jedoch gearbeitet. Uns ist bewusst, dass diese Rollenklärung vorgenommen werden muss. Eine entsprechende Vorlage wird dem Einwohnerrat nächstes Jahr vorgestellt.

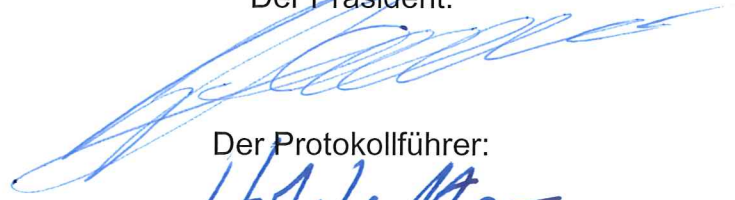
## **Schlusswort**

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Das war unsere Budgetsitzung. Nochmals ein Dankeschön an die GPFK unter der Leitung von Corin Ballhaus. Ich wünsche Euch allen einen guten Start in den Herbst. [Applaus]

---

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Der Präsident:



Der Protokollführer:



Abgabe / Zustellung an die Einwohnerräte:

3. Dezember 2020

